

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnen für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wahre Gesundheit.

„Dem Leibe verordne nur so viel, als zur Gesundheit erforderlich ist. Man muß ihn etwas hart halten, daß er dem Geiste nicht ungehörig werde.“ (Seneca.)

Es wird in unserer Zeit viel für die Körperkultur getan, und die Besserung der Volksgesundheit rechtfertigt alle Mühen, die man auf dieses wichtige Gebiet menschlicher Lebensordnung verwendet. Mit der Hebung der physischen Volkskraft ist gewiß auch das Vorschreiten auf kulturellem Gebiete, die Höherentwicklung der geistigen Güter der Nation verbunden. Nur einem gesunden, kräftigen Volk können edle Früchte entspringen. Aber man darf die Begriffe und Grenzen nicht verschieben, man darf nicht vergessen, daß die Geistesgüter stets die einzig wertvollen bleiben, daß dem physischen Leben nur soviel zukommen darf, als nötig ist, um das Seelenleben zu entwickeln und zu fördern, um den Geist zu seiner höchsten Entfaltung zu bringen. Griechen und Römer sanken dahin, weil sie dem Leibe mehr huldigten, als es zu einem gesunden Gedeihen bedarf, weil sie durch Ueberkultur des physischen Lebens die Volkskraft zu Grunde richteten.

Auch in unserer Zeit fehlt es nicht an Zeichen einer Ueberreizung der Körperkultur, auch bei uns mehrten sich die Stimmen derer, die den Leib zu ihrem Götzenbild machen und den Geist entthronen wollen. Die übertriebene Pflege des Sportes, das nervöse Haschen nach immer mehr sich steigenden Sinnengütern, die ganze materielle Ausbeutung des Lebenssinnes und Weltbildes bedeutet keine Hebung, sondern einen Niedergang der Volkskraft, wenn nicht mit Macht zum Einhalten auf diesem Wege geblasen wird. — Der Leib „muß hart gehalten“ muß abgehärtet werden, seinen blinden Wünschen und Neigungen muß Widerstand geleistet, dadurch seine Kraft gesteigert werden; den Jügeln seines Herrn, des Geistes, muß er folgen lernen, damit er wahrhaft kraftvoll und gesund erhalten bleibt. Der Leib muß Diener und der Geist der Herrscher sein. Es bedeutet Auflösung und Untergang, wenn der Leib seiner Herrn, den Geist, abgeworfen und zu seinem Sklaven gemacht hat. Einfache, naturgemäße Lebensweise, Mäßigung im Essen und Trinken, keine verteilende Kleidung, das Festhalten jeden Sinnesorgans usw., das alles sind die Mittel, um den Leib dem edelsten Teile des Menschen, dem Geiste, unterworfen zu halten.

Jeder lebe also vernünftig: Er herrsche und leite mit seines Geistes Kraft das Leben des Körpers, und das Ziel alles Strebens sei auf die höchsten Güter gerichtet, dann steht es wohl mit der Gesundheit des Einzelnen und der Kraft des Volkes.

Die Arbeitszeit in der Großindustrie.

Die öffentliche Erörterung über die Stellungnahme unseres Dortmunder Verbandstages zur Arbeitszeit in der schweren Industrie, hat einen recht großen Umfang angenommen. Und das ist gut so; geht doch daraus klar und deutlich hervor, daß unsere Generalversammlung in durchaus entschieden sachlicher Weise für die Feuerarbeiter tätig gewesen ist. Wer daran noch gezweifelt, den wird die unterschiedliche Haltung der Unternehmerorgane und der sozialistischen Presse eines besseren belehrt haben. Die Scharfmacherpresse grohlt in nie gekannter Art. Das ist verständlich, geht ihren Auftraggebern doch das in Dortmund autage geförderte Tatsachenmaterial „anz Nagere“ wie Friß Reuter sagen würde. Die Sozialdemokratie ist ob der Dortmunder Beweisführung haß; am liebsten hätte sie alles totgeschwiegen. Das kann sie aber deswegen nicht, weil die Sache zuviel Staub aufgewirbelt hat. Darum sucht sie nun durch allerlei klinkerlichen den „Christen“ ein auszuwichen. Sozialdemokraten sind ja „ehrliche“ Leute, die mögeln, wo sie mögeln können. Es ist ein trauriges Bild, was sich da vor unseren Augen aufspielt; anstatt daß die Sozialdemokratie, die doch angeblich eine „Arbeiterpartei“ sein will, sich fest und entschlossen in die in Dortmund erneut formierte Kampfreihe einschliedert, läuft sie kläffend nebenher — zur Freude der Scharfmacher und zum Schaden der Arbeiter.

Die Unternehmerpresse

entwickelt, wie bereits angedeutet, auf der ganzen Linie eine emsige Tätigkeit, um den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den das in Dortmund beigebrachte Tatsachenmaterial für die Haltung der Eisengroßindustriellen auslöste. Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“, die Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das „Zentralblatt der Hütten- und Walzwerke“ etc., sie alle tuten in das gleiche Horn. Herr Dr. E. Hoff, der Geschäftsführer des Ar-

beitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller benutzte die Spalten der Wochenschrift der deutschen Vereinigung zu einer „Widerlegung“, welche dann von der unternehmerfreundlichen Tagespresse ganz oder auszugsweise wiedergegeben wurde. (Berliner Neueste Nachrichten vom 10. August 1912, Düsseldorf Zeitung vom 9. August 1912 etc.)

All diese Anwälte (Syndikusse) des Unternehmertums glauben die große Zunahme der Ueberstunden damit abtun zu können, daß sie sagen:

„In der Zeitschrift Stahl und Eisen ist seinerzeit eine Aufstellung veröffentlicht worden. Danach belief sich die gesamte Zahl der Ueberstunden in der preussischen Großindustrie 1911 auf 2,76 v. H. (1910 auf 2,59 v. H.) der gesamten Arbeitsstunden.“

Diese Rechnung ist durchaus irreführend. Sie gibt nicht die wirklichen Zustände wieder. Weil wir diese irreführende Darstellung uns nicht zu eigen machen, glaubt nun ein Herr E. Heinson im Blatt der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ uns mangelhafte Objektivität vorwerfen zu können. Das ist wirklich ein starker Vorwurf, der in keiner Weise gerechtfertigt ist und gegen den wir ganz entschieden protestieren. Wenn irgend jemand in dieser Sache objektiv bis zur Kalblütigkeit geblieben ist, dann der christliche Metallarbeiterverband. Herr E. Heinson mag zu seiner Information die diesbezüglichen Veröffentlichungen in dieser Zeitung nachlesen; ebenso die Geschäftsberichte unseres Verbandes, vor allem aber den Bericht unseres Kollegen Wieber an die „Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“. Hier sei gleich angefügt, daß Herr Heinson sich schwer im Irrtum befindet, wenn er behauptet: Das Erscheinen der vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband herausgegebenen Schrift über die Schwerindustrie

... hat den christlichen Metallarbeiterverband nicht ruhen lassen, auch seinerseits sein Interesse für den Hüttenarbeiter wiederum besonders zu zeigen. Er setzte deshalb auf die Tagesordnung seines diesjährigen Verbandstages, der Mitte Juli in Dortmund stattfand, einen Vortrag des bekannten christlichen Gewerkschaftsführers und Zentrumsabgeordneten Giesberts über die eingangs genannte Bundesratsverordnung.“

Dazu ist zu bemerken, daß der christliche Metallarbeiterverband sich schon auf seiner Offenbacher Generalversammlung im Jahre 1904 mit dem Arbeiterschutz in der Großindustrie beschäftigt hat. Seitdem die Bundesverordnung in Kraft ist, deren Erlaß wesentlich auf die Aufklärungsarbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zurückzuführen ist, hat sich jede Generalversammlung unseres Verbandes mit der Verordnung befaßt, um ihre Fehler und Mängel darzulegen und um durch die öffentlichen Erörterungen das Gewissen der Regierung und des Parlamentes zu schärfen, damit wir endlich zu Zuständen in der Groß- und Hüttenindustrie kommen, die dieses kapitalkräftigen, gut prosperierenden Industriezweiges würdig sind. Nicht Konkurrenzgründe bedingten unsere Stellungnahme. Das mag Herr Heinson von der „Nordwestlichen Gruppe“ auch daraus ersehen, daß der oben angezogene Bericht unseres Verbandsvorsitzenden mindestens so früh aus der Presse kam, wie die Schrift des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Zeigt unser Kritiker in diesem äußerst wichtigen Kapitel schon eine so große Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, so ist dieses hinsichtlich seiner Angaben bezüglich der Ueberstunden ebenso der Fall.

Wie die Dinge auf diesem Gebiete in Wirklichkeit liegen, ist an dieser Stelle (Nr. 17, 18, 19, 20, 30, 31, 33) eingehend dargelegt worden. Will man ein wirkliches Bild von den Verhältnissen in der Großindustrie gewinnen, dann muß man sich nachfolgendes vergegenwärtigen:

Das ziffermäßige Ergebnis der amtlichen Erhebung durch die preussische Gewerbeaufsicht über die Durchführung der Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie im Jahre 1911 lautet:

1. Die für alle Arbeiter der schweren Industrie nötige achtstündige Arbeitszeit, haben von den 207 630 Arbeitern nur 2928 oder 1,42%.
2. Ueber die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mußten 97 936 Arbeiter oder 47,2% von der Gesamtbelegschaft 21 229 373 Ueberstunden leisten, das macht auf den Kopf 217 Ueberstunden.
3. An Sonn- und Feiertagen wurden 54 900 Arbeiter oder 26,4% der Gesamtbelegschaft mit 9 433 264 Ueberstunden belastet. Auf jeden folgten mithin 173 Sonntagsüberstunden.
4. Die Arbeiterzahl stieg gegen das Vorjahr um 4,39%. Die Zahl der Ueberarbeitenden um 11%. Die Ueberarbeitsstunden gingen um 11,34% in die Höhe und die Sonntagsüberarbeit weist eine Zunahme von 22,64% auf.

*) Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben der Großindustrie. Bericht an die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, erstattet von Franz Wieber, Zentralvorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands. Duisburg 1912. Preis 1 M. für Verbandsmitglieder 50 Pf.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit, woraus ohne weiteres ersichtlich ist, daß durch die Bundesratsverordnung der beabsichtigte Zweck — Einschränkung der Ueberstunden — nicht erreicht worden ist. Wenn trotzdem die Unternehmerversuche die Ueberstundenziffern für ein durchaus erträgliches Maß hält, so ist das ihre Sache; es ist aber das Gegenteil von Objektivität. Herr Heinson hat also alle Ursache, seine Vorwürfe an eine andere Adresse zu richten, als die unsere.

Nicht minder „objektiv“ ist seine Behauptung, die Arbeiter der Großindustrie hätten in der Schicht-Pausen auf Zulassung einer verkürzten Mittagspause zurückgewiesen worden, weil sonst die Gesamtdauer der Pausen nicht ausgereicht hätte, ließ trotzdem die Pause kürzen. Das Schöffengericht belegte die Zuwiderhandlung mit das Fehlen der Ausgänge mit einer Geldstrafe von — 15 Mark. Auch der Betriebsleiter eines Martinwerkes wurde wegen Verkürzung der Mittagspause ohne Genehmigung mit 5 Mark bestraft. Wegen großer Verstöße gegen die Pausen wurde gegen die Betriebsleiter eines Hütten- und Walzwerkes im Bezirk Döppeln ein Strafverfahren eingeleitet, das zurzeit noch schwebt. Beim Gewerbeinspektor in Witten führten zwei Gasstöcher Beschwerde, daß ihnen während ihrer Beschäftigung in einem Stahlwerk die vorgeschriebenen Pausen nicht gewährt seien. Bei der Prüfung der Beschwerde stellte sich heraus, daß Ueberstunden geleistet waren, das Verzeichnis darüber aber nicht eingeleitet war. Der verantwortliche Besitzer wurden wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 3 der Bekanntmachung mit 30 Mark bestraft.

Wenn nicht mehr Verstöße gegen die Pausen zur Anzeige gekommen sind; so liegt dieses daran, daß die Zuwiderhandlungen in dem Durcheinander schwer zu ermitteln sind. Nach dem Arnberger Bericht sind in dem Blechwalzwerken des Siegerlandes neuerdings Beobachtungen gemacht worden, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob bei Außerachtlassung der Pausen von weniger als viertelstündiger Dauer Gesamtpausen von zwei Stunden erreicht würden. Jedoch wären zuverlässige Feststellungen darüber sehr schwierig wegen der Unübersichtlichkeit der Betriebe, der Verschiedenheit der Arbeit und der Pausen. Die Betriebsleiter seien verwahrt worden; doch glaubt der Berichterstatter, die wahre Dauer der Pausen sei nicht zu ergründen, weil selbst die Arbeiter nicht mit der Wahrheit herausrücken, ist allbekannt. Da Herr Heinson als Neuling auf diesem Gebiete es noch nicht weiß, sei es hier zum so und sovielen Male hervorgehoben. In der Großindustrie hat man es verstanden, eine unübersehbare Klassifizierung der Arbeiter einzuführen, die vornehmlich in der Lohnhöhe ihren Ausdruck findet. Uns sind Werke bekannt, wo der 1. Mann am Ofen in achtstündiger Schicht 12 Mark verdient, während der 4. Mann in zwölf Stunden mitunter nicht einmal vier Mark verdient. Nimmt man hinzu das gelbe Spickelrum, die Pensionsskaffen, Werkwohnungen etc., dann liegt der Grund für die Schwelgerei der Arbeiter auf der Hand. Jede selbständige Regung wird unterdrückt, vor allem aber die Organisation, und zwar von den gleichen Unternehmern, die sich in der „nordwestlichen“ und „südwestlichen“ Grube einen Arbeitgeberverband geschaffen haben, der an „Unentwegtheit“ seines Gleiches sucht in der Welt.

Eine Bemerkung aus dem Dr. Hoff'schen Artikel soll auch nicht unwidersprochen bleiben. Herr Dr. Hoff schreibt: „So wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, würde die Verkürzung der Arbeitszeit auf eine erhebliche Minderung des Verdienstes der Arbeiter hinauslaufen. Ober glaubt man ernstlich, daß die Industrie noch wettbewerbsfähig ist, wenn man ihre Produktionskosten ins Ungemeinere steigert?“

Merkwürdig! Warum sollten denn die Produktionskosten wegen der Durchführung würdiger Arbeitsverhältnisse ins Ungemeinere steigen? Geseht den Fall, die Hoff'sche Angabe stimmt, es wären 60 000 neue Arbeiter zur Einführung des Achtstundentages in Rheinland-Westfalen nötig — was aber nicht zutrifft, wie wir weiter unten nachweisen werden —, so könnte die Geldfrage doch nur die kleinste Rolle spielen. Rechnen man für die 60 000 Arbeiter einen Durchschnittslohn von 1500 Mark, so ergibt das eine Mehrausgabe von 90 Millionen Mark. Seht mögen unsere Kollegen aufpassen. Durch die Preissteigerungen des neuen Roheisenverbandes ging der Tonnenpreis für Thomas- und Spiegeleisen im Jahre 1911 um 7 bis 10 Mark in die Höhe. Da aber die Produktion an Thomas- und Spiegeleisen im Jahre 1911 insgesamt 11 584 393 Tonnen betrug, so macht die Preis-erhöhung aufs Jahr berechnet 108 Millionen Mark

aus. Wenn schon allein beim Roh Eisen eine solche Preissteigerung vorgenommen werden konnte, ohne der Wettbewerbsfähigkeit Abbruch zu tun, warum in aller Welt soll dann die Industrie ruiniert werden durch vernünftige und würdige Arbeitsverhältnisse?

Die achtstündige Arbeitszeit würde doch nur für die Arbeiter in Frage kommen, welche in Tag- und Nachtschicht arbeiten. Das sind aber keine 60 000 in Rheinland-Westfalen, wie Dr. Hoff glauben machen will, sondern nur 37 000. Nach den Berichten der Gewerbeaufsicht arbeiteten in den unter die Bundesratsverordnung fallenden Betrieben in wechselnder Tag- und Nachtschicht im Jahre 1911:

Regierungsbezirk Münster	382
" Düsseldorf	38 000
" Aachen	2 750
" Arnberg	28 560
" Koblenz	2 747
" Köln	1 722
Zusammen	74 161

Arbeiter. Davon ist die Hälfte notwendig für eine dritte Schicht, das macht nach Adam Riese 37 081. Ob die Hoff'sche Angabe 60 000 also „objektiv“ oder „bewußt gefälscht“ ist, mag Herr E. Heinson entscheiden. Ein Schulbeispiel von „Objektivität“ ist auch folgende Stelle in Heinsons Artikel:

„Und wer jemals an den Toren eines unserer großindustriellen Werke um die Mittagspause gestanden hat, der wird eine große Anzahl Arbeiter gesehen haben, die ihre größte Pause nicht im Werke verbrachten, sondern nach Hause gingen, um dort zu Mittag zu essen. Also, bei manchem Arbeiter der Großindustrie ist auch der Aufenthalt in der Fabrik mit zwölf Stunden noch zu hoch angegeben.“

Herr Heinson würde gut tun, sich die Arbeitsmethode in den feuerheißen Ungetümen etwas genauer anzusehen, dann würde er herausfinden, daß den Arbeitern, die im kontinuierlichen Betrieb beschäftigt sind, — und um die handelt es sich — jede Entfernung vom Werk während der Schicht verboten ist. Daß die Umwälze des Unternehmertums der Öffentlichkeit verdeckt vorspielt, die Feuerarbeiter könnten ihr Mittagmahl im Kreise der Familie einnehmen, zeigt ihre „Objektivität“ in einer Weise, die bei allen Kennern der Verhältnisse nur ein schallendes Gelächter auslösen kann.

Die sozialdemokratische Presse

läuft, wie einleitend schon erwähnt, kläffend nebenher. Die „Vorwärts Arbeiterzeitung“ und das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes stellen Wilhelm Häußgen ihr weißes Papier zur Verfügung. In letzterem Blatt produziert er sich diesmal ohne das bekannte X. Es ist eigentlich überflüssig, darauf einzugehen. Doch eines wollen wir näher erörtern. Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes meint, durch die Wislitzsche Rede sei die „Mär von der Priorität der Christen beim Hüttenarbeiterstreik... nun wohl endlich zu Grabe getragen...“ und unterstellt uns, wir fälschten sogar die wohlgeübten Worte unserer Freunde. Das ist stark, sehr stark sogar, und in Anbetracht des wirklichen Sachverhaltes eine Unverschämtheit. Den Gipfel erreicht das Blatt mit seiner Behauptung:

„Auf dem Gebiete des Hüttenarbeiterstreikes liegen die Dinge aber so im Urge, daß sie zum Himmel schreien. Und weil die Christen glauben, in den Hüttenarbeiterbezirken am Erbe doch noch einigen Anhang zu gewinnen, hat man dem Worte Stegerwalds für diese Bezirke eine beschränkte Gnadenfrist gewährt.“

In seinem Christenhaf hat das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in dieselbe Kerbe wie die Scharfmacherpresse. Auf gut deutsch heißt seine Deduktion nichts anderes wie: „Der christliche Metallarbeiterverband betreibt seine Aufklärungsarbeit für die Hütten- und Walzwerksarbeiter nicht, um den Arbeitern erträgliche Verhältnisse zu schaffen, sondern um Mitglieder zu fangen. Damit hat das Blatt dem Scharfmachertum Suttus geleistet, der einem vollendeten Verrat der Arbeiterinteressen gleichkommt, daß die Infimiation nur ein ganz niederträchtiges Manöver ist, dafür einen unparteiischen Zeugen. Der König Preussische Regierungs- und Gewerbeamt Dperrmann-Arnberg schreibt in seinen „Vorschritten des Bundesrates über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie“:

„Der christliche Metallarbeiterverband, dessen Zentrale in einem bedeutenden Mittelpunkt der Großindustrie — Duisburg — liegt, hat wohl am frühesten auf Verkürzung der Arbeitszeit der in den Hüttenbetrieben der Großindustrie beschäftigten Arbeiter, insbesondere der Feuerarbeiter, gedrängt. Schon im Jahre 1904 forderte dieser Verband auf seiner Generalversammlung in Offenbach in einer einstimmig angenommenen Resolution für die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie die reichsgesetzliche Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages unter gleichzeitiger Festsetzung der Höchstgrenze der in Ausnahmefällen zulässigen Ueberstunden, und für die Feuerbetriebe, bei denen eine Unterbrechung des Produktionsprozesses vorab nicht möglich sei, die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.“

Was will die Unterstellung der Metallarbeiterzeitung gegen dieses Zeugnis befragen. Um ihre Heuchelei aber vollends zu entlarven, sei daran erinnert, daß der heussische Metallarbeiterverband im Jahre 1907 auf seinem Münchener Verbandstag durch einen Antrag gedrängt werden mußte, sich offiziell um die Hütten- und Walzwerksarbeiter zu kümmern. Die Begründung, die der Antragsteller gab, lautet die in Rede stehende Auslassung der Metallarbeiterzeitung treffend ab abstrahum. Die Begründung erwähnten Antrages lautet in ihren wesentlichen Teilen:

„Ebering-Vielefeld: Ich bin zu diesem Antrage veranlaßt worden durch die Anträge, die von den Verwaltungsstellen Dortmund und Essen gestellt sind. Diese Anträge verlangten statistische Erhebungen über die in den Hütten- und Walzwerksbetrieben beschäftigten Arbeiter. Die statistischen Erhebungen sollen aber doch wohl nicht Selbstzweck sein, sie müssen auch wenn dadurch wirklich die Interessen der Arbeiter

wahrt werden sollen, dazu dienen, die Gesetzgebung zu beeinflussen... Dazu kommt, daß jetzt auch sogenannte christlich-nationale Arbeitervertreter in den Reichstag eingezogen sind, und die werden alles aufbieten, um auf ihren Kongressen diese Forderungen für die Arbeiter zur Sprache zu bringen, um sich nachher damit zu brüsten, daß sie im Parlament und auch in der Öffentlichkeit positive Arbeit geleistet hätten. Ich erinnere weiter daran, daß Herr Bülow im Reichstag erklärt hat, daß die positiven Erfolge der Sozialdemokratie deshalb so gering sind, weil man sich nicht darauf beschränkt habe, Erreichbares zu fordern, sondern weil man namentlich in bezug auf die Arbeiterbeschäftigung unerfüllbare, „perverse, phantastische“, von Fekern hervorgerufene Forderungen aufgestellt habe. Wenn wir diese Beschuldigungen wirklich widerlegen wollen, dann müssen wir beweisen, daß nicht einzelne Hege diese Forderungen gestellt haben, sondern daß die Organisationen die Träger derselben sind. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, auch zu dem Zweck, daß wir die sozialdemokratische Fraktion auch sachverständig über die Verhältnisse in der Industrie informieren können.“

Aus all diesen Auslassungen geht Klipp und Klar hervor, daß die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Frage des Hüttenarbeiterstreikes nicht vom Mitgliederhergebot diktiert war, sondern vom ehrlichen Streben, den Arbeitern zu nützen. Es ist also nicht nur purer Schwundel, was die Metallarbeiterzeitung uns anzuhängen sucht, sondern ein so widerliches Gebahren, das einem Verrate an den Interessen der Feuerarbeiter gleichkommt.

Die Hütten- und Walzwerksarbeiter aber mögen daraus erneut ersehen, wo ihre Freunde sitzen. Weder durch gelbe Almosenvereine noch durch sozialdemokratische Broschüren können ihnen geholfen werden, sondern nur durch zielbewußte Arbeit in christlich-nationalem Sinne.

Zur Jahrhundertfeier der Krupp'schen Werke.

Nachdem nunmehr die Tage der Krupp'schen Jahrhundertfeier verstrichen sind, wird es notwendig und nützlich sein, einige Erscheinungen, die dort hervortraten, etwas näher zu betrachten und kritisch zu beleuchten.

Wir wiesen bereits in unserem vorigen Artikel (Nr. 33) kurz darauf hin, daß die Firma Krupp anläßlich der Jahrhundertfeier wieder größere Stiftungen gemacht habe, die insgesamt 14 Millionen Mark betragen. Daß diese Stiftungen teils wieder grenzenlose Bewunderung erwecken, teils aber auch mehr oder weniger scharfe Kritik hervorrufen, ist ja von dem Standpunkt aus zu erklären, wie der eine oder andere die Sache betrachtet. Wer natürlich das alles völlig kritiklos hinnimmt, kommt nicht aus dem Staunen heraus, und versteht auch kaum, wenn andere sich „ammäßen“, nun auch einiges weniger Bewunderungswert zu finden.

Die von der Firma Krupp gemachten Stiftungen setzen sich folgendermaßen zusammen:

- I. 3 Millionen Jubiläumsgaben an Arbeiter und Beamten;
- II. 1 Million für einen Beamten-Unterstützungsfonds;
- III. 1 Million für verschiedene Zwecke; (kostenlose Unterbringung von Angehörigen ins Kranken- oder Erholungshaus);
- VI. 2 Millionen an die Stadt Essen für Museums- und Wohlfahrtszwecke;
- V. 2 Millionen für Heer und Marine zur Errichtung von Sportplätzen und Soldatenheimen;
- VI. 5 Millionen als Fonds, aus dessen Zinsen zu 4% (= jährlich 200 000 Mk.) Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden soll.

Diese Stiftungen sind nun nichts der Firma Krupp eigenständiges, insbesondere nicht wenn man bedenkt, daß auch andere Werke anläßlich 25- oder 50jähriger Jubiläen entsprechend ihrer Größe und Leistungsfähigkeit ähnliche Stiftungen und Aufwendungen machen. Was die oben einzeln aufgeführten Stiftungen angeht, so sind es insbesondere die erste und letzte, die unter den Krupp'schen Arbeitern berechtigten Unmut hervorgerufen haben. Sicherlich ist es nicht ganz leicht, eine allseitig befriedigende Formel zu finden, nach der Gelegenheitsgeschenke verteilt werden. Bei der Verteilung der Jubiläumsgaben erhielten alle Krupp'schen Beamten — ohne Rücksicht auf deren Beschäftigungsdauer — einen Monatsgehalt als Gabe, während bei den Arbeitern die Gaben mit 10 Mk. (bis zu einer Dienstzeit von 5 Jahren) begannen und bei einer Dienstzeit von 20 bis 30 Jahren 50 Mark erreichten. Daß diese verhältnismäßige Behandlung der bei Krupp Beschäftigten von den Arbeitern sozusagen allgemein sehr mißfällig aufgenommen wurde, versteht sich und ist noch um so verständlicher, wenn man bedenkt, welche sonderbare Erscheinungen dabei in einzelnen Fällen zutage traten, wo beispielweise mehrere Mitglieder einer Familie teils als junge Beamte, teils als ältere Arbeiter bei Krupp beschäftigt sind, und so die Geschenke im umgekehrten Verhältnis zum Verdienste des einzelnen um das Vierfache verteilt wurden. Ja, sogar bis weit in die Kreise der Krupp'schen Gelben hinein, die ja überhaupt die ungenügsamsten Arbeiter sind, sind darüber die schärfsten Worte der Kritik gefallen, wenn sich auch die Macher der Gaben bemühten, der Firma offiziell die Ergebenheit und Zufriedenheit ihrer Mitglieder vorzutäuschen.

Dann ist es aber noch mehr die Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes, die die öffentliche Kritik geradezu herausfordert.

Unzweifelhaft dürften die 5 Millionen, die diesem Zweck dienen sollen, kaum als Stiftung in Frage kommen. Das gesamte Kapital bleibt nämlich im Besitze der Firma Krupp, die lediglich von dieser Summe 4 Proz. Zinsen (gleich 200 000 Mark) für die Gewährung von Urlaub pro Jahr bereitstellt — ob und wie sie verwendet werden, darüber bestimmt die Firma allein. Diese 200 000 Mark machen nicht einmal 1 Proz. des jährlichen Reingewinnes aus. Dann sind für die Gewährung des Urlaubs Kantelen vorgesehen, wie sie wohl bei keiner der vielen Firmen bestehen, die heute ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewähren. Stellt man die Zahl der bei Krupp beschäftigten Arbeiter den 200 000 Mk. gegenüber, dann kann jeder ausrechnen, was bei der Urlaubsgewährung

herauskommt. Dann sind noch die vier Bedingungen zu beachten. Urlaub wird gewährt: 1. älteren Arbeitern, 2. bewährten Arbeitern, 3. in geeigneten Fällen, 4. wenn es die Betriebsverhältnisse gestatten. Diese vier Punkte müssen alle zusammentreffen.

Wer da in der Praxis als „alt und bewährt“ betrachtet wird, und wann „ein geeigneter Fall“ vorliegt, das ist zunächst einmal abzuwarten. In der Praxis werden da wohl die kirchlich-hofstrelischen Krupp'schen Gelben in der Hauptsache die „bewährten“ Arbeiter abgeben, wenn sie auch nicht gerade die tüchtigsten sind. Das Bedenken, daß angelegentlich solcher Kantelen zu erwarten ist, daß bei jedem um Urlaub einkommenden Arbeiter nun eine Gesinnungsschnüffelerei einsetzt, ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Und wenn wirklich einmal ein Arbeiter bei einem Vorgesetzten durch eine etwas entschiedene Vertretung seiner Interessen in Ungnade gefallen ist, wird er zweifellos nicht mehr „bewährt“ sein, es sei denn, er geht zur Buße zu den Gelben über.

Die Frage der Urlaubsgewährung an Arbeiter und Angestellte ist eine derjenigen sozialen Fragen, die heute mehr und mehr in den Vordergrund tritt. In den nächsten Jahren wird zweifellos die Zahl der Firmen, die an die praktische Lösung dieser Frage herantreten, eine immer größere werden. In einer Zeit, wo jeder Erwerbstätige seine geistigen und körperlichen Kräfte aufs äußerste anspannen muß, wo man beobachten kann, wie zahlreiche gesundheitsliche Schädigungen jeder Erwerbstätige in seinem Verufe erleidet und jeder seine Muskeln und Nerven bis zur Erschöpfung anspannen muß, da wird man schon vom Standpunkt der Volkshygiene Erholungsurlaub als durchaus erforderlich bezeichnen müssen. Wenn für die Gewährung des Urlaubs von den einzelnen Firmen allgemeine Richtlinien festgelegt werden, insbesondere auf die Dauer der Beschäftigung Rücksicht genommen wird, wird dagegen nichts einzuwenden sein; aber Kantelen zu schaffen, wie sie die Firma Krupp anläßlich ihrer Jahrhundertfeier verhängt, lassen solche Urlaubsgewährungen durchaus nicht begehrenswert erscheinen. Einem derartigen Urlaub können wir keinerlei Geschmack abgewinnen.

In der am 1. Juli vorigen Jahres seitens der Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes an die Firma Krupp gerichteten Eingabe wurde auch die Gewährung von Urlaub angeregt und zum Schluß dieses Kapitels folgendes ausgeführt:

„Wir geben deswegen dem Wunsche Ausdruck, die Firma Krupp möge der Frage der Gewährung eines Urlaubs an ihre Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes baldmöglichst näher treten. Wenn die Gewährung des Urlaubs und die Dauer desselben auch durchweg von der Beschäftigungsdauer und dem Alter des Einzelnen abhängig gemacht wird, dürfte sich bei einer eventuellen Einführung des Urlaubs für die Krupp'schen Arbeiter doch empfehlen, daß das Dienstalter, von dem die Urlaubsgewährung abhängig gemacht wird, nicht zu hoch angesetzt wird.“

Bis zur Einreichung und Veröffentlichung dieser Eingabe hatte man noch nichts von einer gleichen Tätigkeit der Krupp'schen Gelben gemerkt und selbst die im September vorigen Jahres herausgegebene Broschüre des Krupp'schen Werkvereins, auf die so oft zurückgegriffen wird, wußte nichts davon zu erzählen. Nun möchten aber doch die Gelben die Priorität in dieser Frage für sich in Anspruch nehmen. Zu diesem Zwecke wurde dann bei der Firma ein Schreiben bestellt, das auch anläßlich der Jahrhundertfeier prompt erschien und die Urlaubsgewährung noch mehr in einem sonderbaren Licht erscheinen läßt. Das Schreiben sieht so aus:

„Essen, den 5. August 1912
An
den Vorstand des Nationalen Arbeiter-Bundes
Werk Krupp
Essen.“

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir aus Anlaß des bevorstehenden Jubiläums der Firma beschlossen haben, vom kommenden Jahre ab Erholungsurlaub für ältere und bewährte Arbeiter der Gussstahlfabrik einzuführen. Ein von Herrn und Frau Krupp und Wohlen und Halbach zur Verfügung gestellter größerer Fonds soll dazu dienen, den Lohn während des Urlaubs fortzuzahlen.

Es hat uns hierbei die Ueberzeugung geleitet, daß weite Kreise der Werkangehörigen, insbesondere aus ihrem Verein, derartige vom Arbeitgeber geschaffene Einrichtungen in richtiger Weise aufnehmen und zu schätzen wissen, und wir freuen uns, daß dadurch eine schon vor einiger Zeit von Ihrem Vorstand gegebene Anregung verwirklicht wird.

Da unsere Absicht erst beim Jubiläum zur Kenntnis der Werkangehörigen gebracht werden soll, so bitten wir Sie, auch Ihrerseits vorher Nichts darüber bekannt zu geben.

Hochachtungsvoll
Friedr. Krupp Aktiengesellschaft,
Das Direktorium
(gez.) Hugenberg, Vizehaber.“

Man verfolgt mit dem Schreiben offensichtlich den Zweck, Stimmung für die Gelben zu machen, wenn man auch nicht direkt sagt, daß nur die Gelben das Geschaffene richtig zu würdigen wüßten.

Die Leitung der Firma Krupp hat ja auch sonst nichts unberührt gelassen, für ihre kirchlich-hofstrelischen Lieblinge anläßlich der Jahrhundertfeier noch sonst etwas herauszuschlagen. So erhielten denn, wie die Gelben offiziell bekannt geben, „wegen ihrer Verdienste um die Werkvereinsbewegung“ der Vorsitzende und einige Vorstandsmitglieder der Krupp'schen Gelben ein Verdienstkreuz bezw. des Allgemeinen Ehrenzeichens. Der „Werkverein“, das gelbe Vereinsorgan freut sich dessen sehr und ist dankbar dafür, „daß die maßgebenden Instanzen die Krupp'sche Sukzesser zum Anlaß genommen haben, um nun auch der Männer ehren zu gedenken, die unter großen Opfern den Schritt gewagt haben, hier bei uns (in Essen, D. W.) die Arbeiterschaft gegen die Sozialdemokratie und gegen die jetzigen aufzurufen, die den Unfrieden stien zwischen die durch gemeinsame Arbeit Verbundenen.“

Wir gönnen den Gelben diese Freude, möchten aber bemerken, daß es vielleicht doch klüger gewesen wäre, den Grund der Auszeichnungen nicht so laut zu verkünden; und zwar nicht allein deshalb, weil die Defortierung „Ihrer Leute“ dadurch doch allzusehr den Charakter der Sache bekommt. Zum Lachen reizt der Hinweis auf „die großen Opfer“, die die defortierten Gelben angeblich gebracht haben sollen. Nun, diese Opfer sind doch sehr mäßig, wenn man beobachtet, wie diese Leute immer aus dem Vollen schöpfen können, und das auch ganz gut verstehen; wie sie niemals mit einer Schwierigkeit zu rechnen brauchen, sondern

immer von anderen Seiten, die niemals Arbeiter waren, in entscheidenden Fällen ihre Direktiven erhalten und so einfach nur immer danach zu arbeiten brauchen, was ihnen die hohen Auftraggeber vorgezeichnet. Die „Verdienste“, die sich so die als Arbeiter nach außen auftretenden Personen erwerben, sind denn auch für diese zumeist wirklich klingende Verdienste im wahren Sinne des Wortes. Opfermut und Idealismus kommen dabei wenig in Frage.

Zudem hat die Dekorierung der „um die Werkveränderung verdienten Männer“ bei den Kruppischen Arbeitern die rechte Würdigung gefunden, umso mehr, da bekannt ist, daß mehrere derselben sicherlich niemals ausgezeichnet worden wären, wenn es sich um die Tüchtigkeit in der Ausübung der Berufsarbeit gehandelt hätte.

Beachtung verdient endlich noch die Festsache des gegenwärtigen Generaldirektors der Kruppischen Werke, des Herrn Geheimrats Dr. Eugen Berg, die er in Gegenwart des deutschen Kaisers hielt, und die auch ein Schlaglicht wirft auf die Pfade einer Sozialpolitik nach dem Herzen gewisser Großindustrieller. Diese Rede ist, wie die „Münchener Zeitung“ vom 8. August bemerkt, „wegen ihres bedeutsamen industriellen Programms nach dem Fesakte viel besprochen worden“. Der Münchener „Arbeiter“, der die Hugenbergische Rede einer durchaus beachtenswerten Kritik unterzieht, charakterisiert zunächst die Ausführungen Eugen Bergs über die Sozialpolitik dahin: „Nicht, wir wollen keine Sozialpolitik, nein, wir eine solche, die unseren Interessen mehr Konzessionen macht.“ „Der deutsche Kaiser hat“, so schreibt der „Arbeiter“ dann weiter, „in einer längeren Ansprache das Hans Krupp als eine Musterstätte der Wohlfahrts-einrichtungen gepriesen und ihm weiter das Kompliment gemacht, daß es durch seine Einrichtungen manches beigetragen habe zur Einleitung unserer heutigen Sozialpolitik. Beides mag man mit manchen Einschränkungen in etwa gelten lassen, nennigleich sich die Wohlfahrts-einrichtungen der großen Betriebe in ihrer praktischen Wirkung nur zu oft als goldene Ketten für die Arbeiter erweisen und nennigleich diese Wohlfahrts-einrichtungen ebenso sehr im Interesse der Werke errichtet wurden, die eben ihre Arbeitermassen ohne solche Einrichtungen nicht konzentrieren konnten. Dessenungeachtet konnte die christliche Arbeiterchaft diese Wohlfahrts-einrichtungen, dort, wo sie es wirklich sind, rückhaltlos als solche an.“

Auch auf die Sozialpolitik mögen die Kruppischen Unternehmungen einigen Einfluß ausgeübt haben; den Hauptantrieb haben freilich andere Momente gegeben: Die Unmöglichkeit, die sozialdemokratische Bewegung mit Umschmeißelungen zu bekämpfen und der steigende Notstand der Arbeiterchaft, hervorgerufen durch ihre Schullosigkeit. Im gewissen Sinne allerdings ergibt sich eine Wesensähnlichkeit zwischen den Kruppischen Mitteln sozialer Fürsorge und jenen der ersten sozialpolitischen Versuche in Deutschland: Der patriarchalische Grundgedanke. Bismarck, der aus den Traditionen des hochkonservativen Akzeptentums herausgetraden war, glaubte mit der Arbeiterfürsorge der ersten 80er Jahre, den Arbeiter zur Dankbarkeit gegen den gebenden Staat zu erziehen, er rechnete aber nicht mit dem Geiste, den die Pressefreiheit und das Wahlrecht in die Massen getragen hatte und rechnete nicht damit, daß die Arbeiterchaft nicht ein Kostgänger zum Staat wünscht, sondern gleichberechtigte Einwirkung in die bürgerliche Gesellschaft verlangt.

Warum wir dies hier sagen? Weil sich aus diesem Grundgedanken Bismarckscher Sozialpolitik und der Neben auf der Jahrhundertfeier der Firma Krupp bestimmte, verwandte Ideen ergaben. Was im Anschluß an die Ansprache des Kaisers der Vorsitzende des Direktoriums der Kruppischen Werke, Geheimrat Eugen Berg, darlegt, kann aßen Beiverles entnehmet, zunächst nicht anders gebendet werden, denn als Wink sowohl an die Reichsregierung wie an die bürgerlichen Parteien, nicht sich vom „richtigen Verständnis“ für die Wesens- und Lebensbedingungen des modernen Großindustriebetriebes ableiten zu lassen durch zu weitgehende Konzessionen an die „von manchen Hochschulkatheder aus begünstigte“ Theorie des Staatssozialismus. „Das Mißverstehen der Triebfeder des heutigen Großbetriebes ist einer der Hauptgründe dafür, daß der Gedanke möglich war und viele Tausende begeistern konnte: europäische Menschen anders als auf der tief in ihrem Innersten verantworten Grundlage des Individualismus zu regieren oder regieren zu lassen.“ Geheimrat Eugen Berg reißt die Unternehmern ein in die Gesamtheit der in ihren Betrieben Beschäftigten, in die tiefwurzelnde Arbeits- und Werksgemeinschaft, „die stärker ist als alle Mächte, die horizontal strecken wollen, was von der Wurzel bis zur Krone ein einheitliches Gebilde ist.“

Ein großer Teil der Tagespresse ist über diese Redeblume hinweggegangen, konservative Blätter bis hinüber zur literarischen Vertretung des Großindustrielliberalismus waren über die gesamten Neben in ein einziges Entzücken geraten.

Wir als Arbeiter haben die Sache wesentlich näherer aufzufassen: Unter dem Gesichtswinkel verschiedener Erscheinungen der Gegenwart beleuchtet, die wir gelegentlich noch ausführlicher behandeln werden und im Rahmen mancher übriger Neben auf der Essener Tagung, ist der Hugenbergische Satz nicht anders als eine Propaganda für — die „wirtschaftsriedlichen gelben Arbeitervereine“, für die ja auch gerade bei Krupp unter dem Deckmantel der „Grundlage des Individualismus“ in besonderer Maße die Werbekommissionen rührt wird. Nur wird hier der „Individualismus“ in dem recht einschränkenden Sinne aufgefaßt, daß man als ein solcher „individualisierter“ Arbeiter jeder selbständigen, von den Unternehmern unabhängigen Arbeiterbewegung den Rücken kehren müsse.

Mag sein, daß der Herr Geheimrat Eugen Berg diese Deutung seiner Ausführungen nicht in der letzten Konsequenz beachtete; gelassen muß er sie jedenfalls, denn es ist nahezu ein Stück Programm der Selben, daß die Arbeiter mit dem Arbeitgeber „einen Staat im Staate“ bilden wollen.

Darum möchten wir unsere sozialpolitisch fortgeschrittenen Parlamentarier und Parteien auf die grundsätzliche Tragweite solcher Ausführungen, wie sie in Offen gefallen sind, aufmerksam machen. Im Interesse der unabhängigen Arbeiterbewegung muß man derartige sozialpolitische Signale, die sich ausnehmen wie ein „Halt! Der ganzen Richtung!“ aufmerksam hören und ihnen, wenn und wo es nötig ist, energisch entgegenarbeiten.“

Diese Ausführungen verdienen in der Tat Beachtung. Der Geist, aus dem auch heute noch soziale Einrichtungen bei der Firma Krupp geschaffen werden, läßt sich unschwer aus der Hugenbergischen Rede erkennen.

Mindestens so stark wie das Verlangen nach ausreichenden Föhnen ist heute die Forderung der sozialen Emanzipation des arbeitenden Standes. Die Lei-

tung der Firma Krupp wird auch auf die Dauer nicht umhin können, der Entwicklung der neuen Zeit, die zu konstitutionellen Einrichtungen auch in den Großbetrieben drängt, Rechnung zu tragen. Man sträubt sich zunächst noch dessen. Man will vor allem nicht die Auffassung aufkommen lassen, als ob man in irgend einer Form oder in irgend einem Fall den Anträgen oder Wünschen von anderer Seite folgen würde. Aus diesem Gebauengang ist auch der oben mitgeteilte Brief an die Selben zu erklären. Alles was die Firma Krupp tut, geschieht „aus freier Selbstbestimmung“, oder es soll doch wenigstens den Anschein haben, daß es dessentwegen geschieht. So ist es auch verständlich, weshalb dem schon so lange von fast allen Kruppischen Arbeitern erhobenen Ruf nach Arbeiterausföhlen auf den Kruppischen Werken nicht stattgegeben wird. Gerade bei Krupp haben sich in den letzten Jahren, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, die Beziehungen zwischen Arbeitern und Vorgesetzten immer mehr entspannt. In den Werkstätten kennt man kein gegenseitiges Verhandeln mehr, sondern es gilt nur ein rein einseitiges Diktieren. Das Vorbringen von Wünschen und Beschwerden an die höheren Instanzen, daß dem einzelnen auf Grund der Arbeitsordnung zusteht, darf aber nur für rein persönliche Angelegenheiten geschehen. Versucht ein Arbeiter „von den Willkür oder Beschwerden der Arbeiter“ bei den höheren Instanzen zu reden, wird ihm (wie das noch jüngst seitens eines Ressortchefs geschehen ist) einfach bedeutet, daß er nur persönliche Beschwerden vorzubringen habe und dazu jedem Einzelnen das Recht zustehe. Da muß der Ruf nach Arbeiterausföhlen um so lauter erschallen, und wenn sich die Großindustrie dazu nicht in „freier Selbstbestimmung“ entschließen kann, müssen eben die gesetzgebenden Faktoren nachhelfen. Genau so wenig, wie man dem vorerwähnten Ruf der Kruppischen Arbeiter Rechnung getragen hat, hat man, wie anlässlich der Jahrhundertfeier allgemein erwartet werden durfte, sich dazu verstanden, langjährige, nicht nur von den „Streikgewerkschaften“ erhobene Forderungen nach Reformen in der Arbeiterpensionskasse durchzuführen, die heute zum Teil ohne weiteres als sprechreif gelten.

Herr Geheimrat Eugen Berg stellt in seiner Festsache zwar in Aussicht, daß sich für viele Kreise der Arbeiterchaft manche Wünsche doch einmal verwirklichen würden, die der „nüchtern abwägende Geschäftsmann zurzeit als unerfüllbar zurückweisen müsse.“ Nein, gerade die Arbeiterchaft hat es zu einem großen Teil mit in der Hand, dahin zu wirken, wie und wann das geschieht. Dazu ist vor allem notwendig, daß sie sich ihres eigenen Wertes bewußt wird, die Augen offen hält und aus allem die richtigen Lehren zieht. Bei aller Anerkennung der großen Bedeutung der Kruppischen Werke für unsere gesamte Volkswirtschaft haben aber auch manche Erscheinungen bei Gelegenheit der Kruppischen Jahrhundertfeier deutlicher wie je die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gelehrt. Der denkende Arbeiter wird sich nicht in Inedlicher Ergabigkeit in einen gelben Werkverein einreihen lassen, sondern sich als aufrechter Mann in jene Reihen stellen, wo ruhig und entschieden auch das ausgesprochen und erstrbt wird, was nun einmal im Interesse der Arbeiterchaft gesagt und erstrebt werden muß. In diesem Sinne akzeptieren wir auch ein Wort der Hugenbergischen Festsache, daß allen, insbesondere aber den Kruppischen Arbeitern zugezufen werden mag:

„Über tausendföhliger Kärtler ist die gemeinliche Stodkraft, wenn, wie es seit den Freiheitskriegen deutsche Ueberlieferung ist, jeder Einzelne, in freier Selbstbestimmung seinem inneren Leitern folgend, sich in Reih und Glied stellt.“

Volkswirtschaftliche Rundschau

Die Lage unserer heimischen Wirtschaft ist andauernd günstig, die Stimmung auf dem Markte allenthalben sehr zuversichtlich. Von der günstigen Entwicklung gehen uns die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen im Juli ein treffendes Bild. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr beliefen sich auf 180,27 Millionen M. gegen 172,61 im Juni und 164,31 Mill. im Juli des Vorjahres, oder 15,96 Mill. mehr! Die prozentuale Steigerung beläuft sich daher auf über 9%. Daß der Personenverkehr im Juli steigt, ist die Regel — die verständliche Folge des vermehrten Reiseverkehrs durch Ferien und Urlaube. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr liegen dem auch von 88,37 Mill. M. im Juni auf 105,94 Mill. im Juli. Der gleiche Monat des Vorjahres wird um 5,40 Millionen M. übertroffen. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr in den verfloßenen 7 Monaten betragen 1217,99 Mill. M. und aus dem Personenverkehr 550,60 Mill. M., das sind im ersteren Falle 98,57 Mill. mehr gegen die gleiche Zeit des Vorjahres und im letzteren 31,51 Mill. M. mehr.

Die günstige Entwicklung erhellen noch mehr einige Zahlen, die wir einer Statistik der Frankfurter Bg. entnehmen. Die Produktion, bzw. der Konsum von Kohlen, Roheisen, A-Produkten ist im ersten Halbjahr 1911 sehr beträchtlich gestiegen. Sie betrug an Kohle 124,14 Mill. To., an Roheisen 8,42 Mill. To., an A-Produkten 3,27 Mill. oder 9% bzw. 9,7% bzw. 10,8% mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Der gesamte Außenhandel, Ein- und Ausfuhr, hat sich in derselben Zeit ebenfalls sehr günstig entwickelt. Ein Moment könnte vielleicht zu Bedenken Anlaß geben — der 7. Monat weist in der Kohlenförderung einen Rückgang auf, wenigstens soweit sie das Kohlenyndikat betrifft. Bereits in einer früheren Rundschau wurde darauf hingewiesen, daß das Kohlenyndikat eine Einschränkung seiner Förderung für den Juli plante. Tatsache nun ist, daß sie von 322 644 To. im Juni auf 302 723 im Juli zurückgegangen ist. Ob das eine Folge der erwähnten Wäht ist, oder ob der Rückgang einfach durch die früher erfolgte Bedarfsdeckung entstanden ist, bleibt dahin gestellt. Jedenfalls ist zu bedenken, daß der Juli fast immer einen keinen Rückgang gegen den Vormonat bringt. Als ein für unsere wirtschaftliche Entwicklung weiteres günstiges Moment können wir die Einnahmen des Reiches aus dem Börsenumsatzsystem nennen. Sie betragen 341 643 Mark mehr im Juli als im Juni, dagegen 268 402 M. weniger als im Juli des Vorjahres. Auf eine günstige Entwicklung aus dieser vermehrten Einnahme darf man deshalb schließen, weil dadurch zum Ausdruck kommt, daß in den für den Pulsschlag unseres Wirtschaftslebens besonders empfindlichen Kreisen eine durchaus zuversichtliche Stimmung herrscht. Wenn man der Entwicklung des Geldmarktes, der sich in letzter Zeit wieder bedenklich zu versteinern beginnt, mit einiger Besorgnis entgegensteht, wenn man über die neuesten Ereignisse auf dem Balkan auch nicht mehr ohne Beachtung hinwegkommt, so verschuchen doch die außerordentlich günstigen Berichte gerade aus unserer In-

dustrie jede ernstliche Verstimmung. Der Stand unserer Saaten und die bereits erfolgte Ernte bestärken die besten Kreise in der Hoffnung, daß die günstige Entwicklung weiter anhalten werde. Die durch die Ernte verstärkte Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung ist natürlich für unser gefamtes Wirtschaftslieben von der größten Bedeutung. Nach neueren Zahlen zu schließen erhalten wir dieses Jahr eine Weizenernte, die also früheren übertrifft. Nach einer englischen Statistik dürfte sie 452 200 Mts. betragen gegen 432 100 t. J. 1911 und 442 300 t. J. 1910. Der Saatenstand im Deutschen Reich dürfte sich durch die andauernd ungünstigen Witterungsverhältnisse etwas verschlechtert haben. Aus verschiedenen Teilen des Vaterlandes wird bereits gemeldet, daß dem bisher so außerordentlich günstigen Stand der Kartoffelsaaten ernstliche Gefahren drohen. Nicht nur im Interesse unserer Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, sondern mindestens ebenso sehr in dem der Arbeiterschaft wäre ein Umschlag der Witterung zu wünschen. Es bestand bisher die Hoffnung, wenigstens billige Kartoffeln in diesem Jahre zu erhalten, was bei den teuren Fleischpreisen, die in absehbarer Zeit wohl kaum Verbilligung erfahren, von erhöhter Bedeutung ist. In Süddeutschland — in Württemberg — hat sich die christliche Arbeiterschaft genötigt gesehen, gegen die weiteren Preissteigerungen, insbesondere der Wurstwaren energisch vorzugehen durch allgemeine Entschärfung dieser Speise. Durch den Boykott haben sich die Metzger genötigt, nach kurzer Zeit die alten Preise wieder einzuführen. Dieses Mittel verpricht selbstverständlich keine dauernde Besserung — wir dürfen wohl hoffen, daß unsere gesetzgebenden Körperschaften andere, bessere ergreifen, um einem dauernden Notstand abzuhelfen.

Die Börsenkurse haben im Juli ohne Unterbrechung der einzelnen Werte zum ersten Male wieder seit langem eine kleine Steigerung erfahren von 100,91 auf 101,22 Prozent. In erster Linie bestimmt diese Entwicklung der Stand der festverzinslichen Werte, der bisher mit wenigen Ausnahmen ständig zurückgegangen ist; das betrifft nicht nur die Werte der öffentlichen Anlagen, sondern auch die Hypothekbankobligationen, Eisenbahnobligationen, und dergl. mehr. Die Dividendenwerte haben nach dem Kurs vom letzten der beiden Monate eine Steigerung erfahren, und zwar von 157,96 im Juni auf 160,06 im Juli. In der Gruppe der Metalle und Maschinen hat sich der Kurs von 196,10 auf 198,79 gehoben.

Schon öfters wurde an dieser Stelle die enge Verbindung unserer Banken mit der Industrie betont, und das Bedenkliche, das darü liegt, hervorgehoben. Welcher Gewinn für die spekulierende Bank aus dieser Verbindung unter Umständen herausbringen kann, zeigt deutlich folgender Fall. Die Generalversammlung der Rheinischen Automobil- und Motorenfabrik Benz u. Co. in Mannheim hat eine Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. M. beschlossen. 3 Millionen sollen die Besitzer der 12 Millionen alten Aktien erhalten, die übrige Million soll einem Konsortium unter Führung der Rheinischen Kreditbank überlassen werden. Diesem wurde bereits im Jahre 1910 anlässlich der Kapitalerhöhung ein Betrag von 2 Millionen M. überlassen. Der Uebernahmepreis im letzteren Falle hatte 130 Proz. betragen, im ersteren 168 Proz. Die Benzaktien sollen nunmehr an der Börse zugelassen werden. Im freien Verkehr stehen die Aktien auf ca. 230 Proz. und um diesen Betrag wird sicher auch der Börsenpreis tendieren. Aus der Differenz zwischen diesem tatsächlichen Kurswert und dem den Banken eingeräumten, kann nun leicht der Riesengewinn dieser bei einem relativ geringem Risiko berechnet werden. (Frankf. Bg.) Weil wir doch gerade bei der Firma Benz sind, so sei noch eine andere Erscheinung, die hier zutage getreten ist, erwähnt. An Lantismen und Gratifikationen wurden aufgewendet 1909/10 194 930 M.; 1910/11 310 000 Mark; 1911/12 740 000 M. Wenn nun auch der Reingewinn eine gewaltige Steigerung erfahren hat, (er betrug in den genannten Jahren 1,18, 1,89 und 4,45 Millionen M.), so ist die Aufwendung für den genannten Zweck doch außerordentlich groß. Kein Wunder, wenn die Arbeiter über Lohnverweigerungen von einigen Fennigen am Tage unwillig werden und einen Stroll in sich aufspeichern, der weder der Unternehmung noch der ganzen Gesellschaft zum Segen dienen kann.

Deutschlands Roheisengewinnung weist im Juli wieder eine recht erhebliche Vermehrung auf und erreicht den höchsten Stand nicht nur in diesem Jahre, sondern auch in den vorausgegangenen 7 Jahren. Es wurden nämlich 1,5 Mill. Tonnen produziert gegen 1,4 im Juni und 1,3 im Juli des Vorjahres. Die Produktion in den ersten 7 Monaten ist die höchste seit 1905, sie erreicht die Rekordziffer von 9,892 643 Tonnen.

Der Inlandsmarkt liegt sehr gut, der starke Bedarf hält an, teilweise wird schon wegen nachlässigen Lieferungen verhandelt. Die Nachfrage seitens des Auslandes ist ebenfalls sehr lebhaft; die günstigen amerikanischen Nachrichten, Preissteigerungen in England, konnten für die deutsche Ausfuhr nur günstig wirken. Es sollen wieder Verhandlungen des Essener Roheisenverbandes mit dem Luxemburger-Lothringischen Hochofenwerk einsehen, die eine Verlängerung bzw. Erneuerung des zwischen beiden Gruppen bis Ende 1912 bestehenden Wohlkommens bezwecken. Ob diese Erneuerung zustande kommt, ist nicht über alle Zweifel erhaben, da wesentliche Meinungsverschiedenheiten über die etwaige neue Form bestehen. Aus Luxemburg wird — ein Zeichen für die lebhafteste Tätigkeit in der Roheisenindustrie — eine außerordentlich rege Beschäftigung der Eisenindustrie gemeldet.

Der Versand des Stahlwerksverbandes hat im Juli in allen A-Produkten eine recht erhebliche Vermehrung erfahren. Er betrug an Salbzug 154 083 (167 647) Tonnen, am Eisenbahnmateriale 175 726 (214 824) Tonnen, am Formeisen 211 805 (230 432) Tonnen, insgesamt 541 614 gegen 612 903 Tonnen im Juni. Im Vergleich mit dem Vorjahr ist der Stand aber noch immer sehr günstig. Ob aus diesem Rückgang auf eine Zurückhaltung des Marktes geschlossen werden kann, ist jetzt noch nicht zu beurteilen, besonders, wenn man bedenkt, daß auch frühere Jahre im Juli in ihrem Absatz zurückgegangen sind. Auch die Produktion ist zurückgegangen. Betrag sie im Juni noch 613 000 Tonnen, so im Juli nur 542 000! Der Roheisenmarkt ist es etwas ruhiger geworden, daß er selbst aber keineswegs ungünstig liegen kann, beweisen die Preise die noch oben tendieren. Der Wandeseisenmarkt erfreut sich einer sehr lebhaften Tätigkeit, ohne diese wäre die Preissteigerung, welche die obdeutschen Walzwerke gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Bandenvereinigung beschlossen haben, nicht zu erklären. (5 Mark pro Tonne.) Ueberhaupt macht sich auf dem Fertigmärkte allenthalben eine Preissteigerung bemerkbar. Die Fleischpreise sind gestiegen, und der

Walzdrahtverband hat im Anschluß an die Preissteigerung von Halbzeug den Preis für Walzdraht ebenfalls um 5 Mt. erhöht. Die Exportvergütung sollte ursprünglich um diesen Betrag gekürzt werden, wurde dann aber für alle Geschäfte, die bis zum 24. Mai geschlossen und bis zum 15. August erledigt wurden, gewährt.

Aus der Kleinindustrie lauten die Berichte befriedigend, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Abnehmer wohl in der Hoffnung auf Preisnachlässe eine gewisse Zurückhaltung bewahren. Trotzdem herrscht in allen Industriezweigen eine recht lebhaft Beschäftigung — mit Ausnahme etwa der für Baubedarf. Das ist nicht zu verwundern, denn die Bautätigkeit zeigt immer noch keine Belebung und wird in diesem Jahre wohl auch keine mehr erfahren.

Aus der Belgischen Eisenindustrie kommt soeben eine Nachricht, die wohl geeignet ist, die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise auch in Deutschland zu erregen. Darnach haben nämlich die belgischen Bahnen für Stahl in Brüssel, Walzstahl, gewalztes Eisen T-Eisen, Träger in Eisen oder Stahl, Grobblech, Schienen und Flußeisenbahn einen ermäßigten Tarif für die Beförderung an die Hauptplätze bewilligt. Bei der zunehmenden Bedeutung der belgischen Industrie kann diese Konkurrenzverleicherung für Deutschland immerhin unangenehm bemerkbar werden.

Uns Oesterreich wird in der gesamten Eisenindustrie eine sehr gute Beschäftigung gemeldet. Der Absatz des Eisensartells hat sich in allen Produkten im Juli beträchtlich vermehrt. Auch aus Frankreich wird überall lebhaft Beschäftigung gemeldet. Das gilt besonders auch vom Roheisenmarkt, wo täglich ca. 1000 Tonnen mehr Roheisen produziert wird als im Vorjahr.

Die amerikanische Eisenindustrie, die auf unsere Markt und seine Stimmung einen recht bedeutenden Einfluß hat, ist nach den Berichten des Iron Age gut beschäftigt; die Preise sind steigend. Während bisher aber die Gestaltung des Schienengeschäftes Klagen laut geworden sind, hat sich in der letzten Zeit eine Besserung bemerkbar gemacht. Sehr lebhaft gefragt ist Roheisen und Stahlblech.

Einige Gedanken zur 19. Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen.

Vom 18. bis 21. August fand im altherwürdigen Gürzenichsaale zu Köln die diesjährige Generalversammlung des genannten „Hauptverbandes“, der sich früher „Zentralverband von Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches“ nannte, statt. Die Tagung war von ca. 900 Delegierten besucht. Wenn man die erkrankten Gäste hinzuzählt, mögen im ganzen 1200 Menschen teilgenommen haben. Die Beteiligung von Delegierten war erheblich stärker als in den vorher gegangenen Jahren. Der Grund der diesjährigen starken Teilnahme ist wohl in der Hauptsache auf die mangelnde Klarheit bei vielen Kassenvorständen gegenüber den Neuerungen der Reichsversicherungsordnung zurückzuführen. Die Tagesordnung der Generalversammlung war eine äußerst umfangreiche. Am Sonntag, den 18. August, fand die erste Versammlung, die sogenannte Vorversammlung, statt, in welcher die vom Vorstand aufgestellte Tagesordnung pro forma den Delegierten zur Annahme vorgelegt wurde. Natürlich wurde alles einstimmig gutgeheißen, wie denn überhaupt in solchen Massenversammlungen stets einige geschickte Drahtzieher — und das sind die sozialdemokratischen Arrangeure Fräßdorf, Simonowski, Gräf und „Genossen“ ohne Zweifel — mit ihrem Willen durchbringen. Die Referate waren folgendermaßen verteilt: 1. Gewerbeschancen und Reichsversicherungsordnung, Referent Dr. med. Hanauer-Frankfurt. 2. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten; Brackel-Köln. 3. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern; Apotheker Staller-Charlottenburg. 4. Die Einziehung der Beiträge der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Krankenkassen; Eichstädt-Weimar. 5. Das Dienstverhältnis und die Dienstordnung der Kassenangestellten; Gräf-Frankfurt. 6. Die Zentralisation der Krankenkassen; v. d. Hagen-Magdeburg. 7. Die Privatangelegenheiten; Justizrat Meyer-Frankenthal. Der 8. Punkt der Tagesordnung, „Praktische Verwaltungsfragen“, fiel aus und soll in der Krankenkassenzeitung und in dem Blatte der Kassenangestellten veröffentlicht werden.

Interessant war die Bemerkung des Vorsitzenden und sozialdemokratischen Abgeordneten Jul. Fräßdorf-Dresden über das Entstehen der Referate. Er erklärte, daß alle Referate vorher dem Hauptvorstande (in dem natürlich die Sozialdemokraten die erste Rolle spielen) vorgelegt werden, und dann in Einklang mit der Ansicht desselben gebracht werden. Das Referat des Justizrats Meyer-Frankenthal über die Angestelltenversicherung hatte zufälligerweise dem Hauptvorstand nicht vorgelegen und wurde deshalb auf Vorschlag Fräßdorfs garnicht diskutiert, da sowohl der Vorstand wie auch die meisten Delegierten mit den Ausführungen des Herrn Justizrats Meyer nicht einverstanden seien. Eine wirklich konkrete Begründung zur Ablehnung einer Diskussion.

Auf die einzelnen Referate soll hier nicht näher eingegangen werden, da die Tagespresse teils Auszüge oder den wesentlichen Inhalt derselben wiedergegeben hat. Nur über den Geist, der im „Hauptverbande“ waltet und über gewisse symptomatische Vorzeichen sind einige Ausführungen am Platze. Von den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten war niemand erschienen, nur die sozialdemokratischen Abgeordneten Hofrichter und Dr. Erdmann nahmen an der Tagung teil. Der Vorsitzende des Hauptverbandes ist, wie bekannt, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Julius Fräßdorf. Die Verbandszeitung, „Deutsche Krankenkassenzeitung“, erscheint im Verlage der Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen, Berlin, welcher der bekannte „Obergenosse“ Eugen Simonowski-Vestlin vorsteht. Selbstverständlich richtet diese Krankenkassenzeitung alle ihre Artikel und polemischen Angriffe auf die Sozialdemokratische Fraktion zur Sozialgesetzgebung, bezogen auf die Reichsversicherungsordnung. Die Hauptreferate der Generalversammlung waren natürlich bewährten „Genossen“, wie z. B. Brandes-Magdeburg, Gräf-Frankfurt, oder den „Genossen“ eng befreundeten, sogenannten „neutralen Herren“ übertragen. Fräßdorf selbst redete unermüdetlich und riefte mit viel Geschick die Geschichte immer wieder ein, wenn einer der „Genossen“, sei es im Referat oder in der Diskussion, zu auffällig den sozialdemokratischen „Herbesuß“ hervorzuheben ließ. Bei dieser Tagung beobachtete er sich besonders inbrünstig um die weitere Gunst der in seinem „Hauptverbande“ zum guten Teil aus Unkenntnis der näheren Verhältnisse mitwirkenden Arbeitgeber. Er warnte eindringlich vor dem Beitritt zu einem neuen Krankenkassenverbande, der wie er mit-

teilte, sich auf nationaler Grundlage konstituieren will. In seiner Angst, die Arbeitgeber und auch einzelne national gesinnte Klassenvertreter aus Arbeitnehmerkreisen, die ihm nachlaufen, zu verlieren, wurde er in einigen Redewendungen nicht nur patriotisch, sondern sogar „reaktionär“, indem er betonte, daß in allen Arbeiter- und Angelegenheiten in erster Linie das Allgemeinwohl vor dem Wohl des einzelnen Standes in Frage käme, daß Unternehmer und Arbeiter zusammen gehörten, daß er bereit sei, die in der Minorität befindlichen Arbeitnehmer in den Kassen zu schützen, sobald sie geneigt merkten, daß sie sich in der Minderheit befänden. Fräßdorf wurde ordentlich konservativ, kein Unternehmer und national gesinnter Arbeiter konnte anders reden.

Für den Kenner sozialdemokratischer Falsche war es geradezu widerlich zuzuhören, und das Beispiel vom Fuchs, der den Enten predigt, kam den wissenden Teilnehmern nicht mehr aus den Sinn. Fräßdorf rügte sogar seinen Freund Gräf, als sich der Arbeitgebervertreter Zoller-Köln und Justizrat Meyer-Frankenthal gegen die teils schwebenden Meinungen des Gräfischen Referates wandten, und meinte bezweifelnd: „Wir müssen dem Kollegen Gräf, der ja sonst gut tanzt, doch etwas strenger behandeln und ihn in Zukunft einige Tanzmeister mehr zur Seite stellen.“

Gräf entschuldigte sich denn auch an anderen Tagen wohl oder übel. Um die Arbeitgeber noch weiter zu tödern, erklärte Fräßdorf in seinem Schlusswort, daß ihm unter Umständen ein Arbeitgeber als Vorsitzender der Krankenkasse noch lieber sei, als ein Arbeitgebervertreter. Mit theatralischer Pose rief er am Schlusse aus: „Man will durch einen neuen Verband die Politik hineintragen, Arbeitgeber und Arbeiter auseinanderreißen; wir müssen so einig sein und bleiben, wie das Deutsche Reich.“ Höher ging's wirklich nimmer.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Klasse des „Hauptverbandes“ erfährt die Öffentlichkeit nichts. Fräßdorf trotzte der Generalversammlung einfach den Vorschlag auf: so wie bisher auch jetzt die Kasse von den Frankfurter Delegierten (natürlich Genossen) prüfen zu lassen, was denn auch geschah. Jedoch gab weder einer der Kassenprüfer einen Bericht über den Stand der Kasse und über die Verwendung der Gelder, noch findet man darüber irgend eine Angabe im gedruckten Geschäftsbericht — recht sonderbar. Wenn man sich nun fragt, welche Gründe die Sozialdemokraten eigentlich dazu veranlassen, in so widerwärtiger Weise Neutralität zu heucheln, so liegen diese Gründe dem Kenner dieser Verhältnisse durchaus klar vor Augen. Die Sozialdemokraten würden in dem Augenblicke auf die Mitwirkung in dem angeblich neutralen Verband verzichteten, wo sie nicht die Führung und Leitung sowie die Kasse völlig in ihrer Hand hätten. So wie er ist aber kann ihnen dieser „neutrale“ Verband durchaus recht sein. Die Beschlüsse und Resolutionen der bisher vom „Hauptvorstand der Ortskrankenkassen“ veranstalteten Generalversammlungen und Krankenkassenkongresse deckten sich im wesentlichen noch immer mit der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei, die diese gegenüber den sozialpolitischen Gesetzen einnahm. Dieses hat besonders klar der letzte vom „Hauptverband“ und seinem „Tanzmeister“ Fräßdorf einberufene Krankenkassenkongress kurz vor Annahme der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 mit seiner Stellungnahme bewiesen, und die letzte Generalversammlung in Köln nicht minder.

Mit Hilfe der von den schlaun „Genossen“ diktierten Unternehmer und Kassenvorstände erhält die jeweilige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien ein gewisses Relief. Ferner haben Fräßdorf und „Genossen“ erkannt, daß aus dem Heer der Kassen- und Bureauangestellten für die sozialdemokratische Partei noch eine ansehnliche Zahl zu holen sind. Der „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen“ hat deshalb auch nur mit dem sozialdemokratischen Angestelltenverbande, dem der sozialdemokratische Abgeordnete Giebel vorsteht, einen Tarifvertrag abgeschlossen. Auf diese, für Nichteingeweihte unauffällige Weise, will man die große Zahl der Angestellten in die sozialdemokratische Organisation hineintragen. Das sind die beiden Hauptgründe; natürlich bestehen außerdem noch eine Reihe anderer Ursachen, wie z. B. Beeinflussung der öffentlichen Meinung im sozialdemokratischen Sinne, materielle Vorteile für die beteiligten Genossen usw.

So wie bisher kann es auf diesem Gebiete nicht weiter gehen, noch kann diesem Treiben ein Ziel gesetzt werden. Zwar sind schon nach ihrer Angabe 461 Krankenkassen mit ca. fünf Millionen Mitgliedern den sozialdemokratischen Drahtziehern ins Garn gegangen; es muß deshalb von allen Leuten, die es angeht, dafür gesorgt werden, daß die noch übrig bleibenden Zweidrittel der Krankenversicherten nicht auch noch ins sozialdemokratische Netz gehen.

Aus der Arbeiterbewegung.

An die Gewehre!

(Ein Aufruf von der Wasserfronte.)

Obiger Kommandoruf ist wohl noch allen Kollegen bekannt, die einst bes Kaiser's Rod getragen haben. „An die Gewehre!“ Das muß auch die Parole für alle Kollegen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes sein. Jetzt nach den heißen Tagen der sommerlichen, lähmenden Schwüle, die Geist und Leib gleicher Weise abstumpft und wiederbrückt, darf es nur heißen: Nachholen, was die Vergangenheit verjaunte; auf die Schanzen! auf die Wälle! — und mütig sich dem Feinde entgegenstellen. Die gemeine Brutalität, mit der die Sozialdemokratie jede christliche Organisation in den Staub zu treten versucht, muß bei uns die gleiche Energie im „Ausharren“ erzeugen. Mag der Feind mit noch so schwebigen Mitteln, mit noch so vergifteten Waffen kämpfen, mag er noch so rüchichtslos seine Uebermacht an dem an Zahl noch schwächeren Gegner ausmühen, sein Vorhaben geht nicht in Erfüllung, darf nicht zur Wirklichkeit werden! Zu sehr hängt unser Herz an unserm Vaterlande, zu innig sind die Bande des religiösen Gefühls, als daß wir dem Feinde das Schlachtfeld überlassen könnten und dürfen; denn „was uns bestimmt, sind göttliche Befehle, das führt ich klar im tiefsten Grund der Seele!“ Feuer Schlangenhaß, mit dem sie sich umgürten und uns bekämpfen, wird deshalb die erhoffte Wirkung nicht erzielen. Sie beißen auf Granit, das ist ihnen schon jetzt ziemlich klar und wird es je länger desto mehr. Selbst hier bei uns im Norden, der ja als rote Schwaburg gilt,

werden wir einen Stein nach dem andern aus dem roten Turm herausarbeiten. Mut und Standhaftigkeit führen zu Erfolgen, an die man auch in seinen kühnsten Hoffnungen nicht gedacht hat. Nur immer von neuem der Hebel ansetzen, und den erkämpften Grund verteidigen, dann wird Sieg auf Sieg errungen. Doch zu solch einem Streiter kann man es nur bringen, wenn man sich frei macht von jedem Hindernis. Gewiß können Familienverhältnisse, Krankheit und Todesfall manchem Kollegen die rechte Agitationslust rauben oder doch dieselbe nicht fördern, das ist ohne weiteres klar! An diese Hindernisse denke ich aber nicht, das ist nicht die Regel. Was ich in erster Linie im Auge habe, ist jene Herrzweiererei, die viel Zeit und Kraft raubt, den Geist abstumpft und verkümmert und in einer Richtung entwickelt, die wirklich nicht geeignet ist, unseren Stand zu heben und unser Selbstbewußtsein zu stärken. So entstehen jene Herdenmenschen, jene „Nachkollegen“, deren Geist von wahrer Solidarität keinen Hauch verspürt hat. Auf sie paßt des Dichters Wort:

Viel bunte Blumen seh' ich sprießen,
doch glaub ich nicht, daß sie in Samen schießen.“

Ja, frucht- und ergebnislos vollzieht sich ihr Lebenslauf, ihre Hand hat nicht eine Furche im Gewerkschaftsleben gezogen. Wir wollen ihnen nicht gleichen, „denn ein unruhig Leben ist ein früher Tod!“ Leben heißt arbeiten, ringen, kämpfen mit unserer Kräfte bestem Bewußtsein! Wir hier in der gewerkschaftlichen Diaspora wollen uns an unseren großen Zahlstellen ein Vorbild nehmen, und jene sollen durch unseren frischen Mut von neuem angespornt und angefeuert werden. So möge ein edler Wettstreit unter den Zahlstellen entstehen: jeder Ortsgruppe selbst zum Heil, der Gesamtbewegung zum Segen. Wenn dann von neuem der Frühling lacht und die Sonne hoffnungsfroh ihre Strahlen sendet, wollen wir einmal die Probe anstellen, welchem Ort der Kranz des Sieges zuerkannt wird. Die Möglichkeit auf Aussicht hat jeder. Wir aber hier im rauhen Norden wollen das Unsrige tun, daß wir alle mit in Frage kommen. „Und sehet ihr nicht, daß das Leben ein, nie wird auch das Leben gewonnen sein!“ Darum: auf,

Kollegen, an die Gewehre!“

Eine grundlose Verbächtigung der christlichen Gewerkschaften.

Mehrere Zeitungen berichteten von einer in Biersen stattgehabten Versammlung, in der der Syndikus des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreichergerwerbe für Rheinland-Westfalen, Dr. Coelsch-Barmen, u. a. behauptet habe: „Nach seinen praktischen Erfahrungen sei mit den freien Gewerkschaften viel erspriechlicher arbeiten als mit den christlichen. Während die Freien gerade heraus mit ihren Forderungen an die Arbeitgeber herantraten, kämen die Christlichen meist hinten her um. Die ersteren hielten sich auch an die eingegangenen Tarifverpflichtungen, während auf die letzteren oft wenig Verlaß sei.“

Gegen diese Behauptung hat der am meisten verbächtigte christliche Malerverband, unter dem Beifall der Biersener Innungen und Handwerkervereine, energischen Protest eingelegt.

Dr. Coelsch ist erst seit dem 16. April dieses Jahres Syndikus des Arbeitgeberverbandes. Praktische Erfahrungen im Verkehr mit den verschiedenen Arbeiterorganisationen kann der Herr also noch kaum haben. Der Malerverband stellt fest, daß während der Amtsdauer von Dr. Coelsch eine einzige Beschwerde gegen Angehörige des christlichen Malerverbandes beim Gaurisamt von ihm eingereicht worden sei, die aber da für Abhilfe gesorgt wurde, als gegenstandslos zurückgezogen werden mußte. Dr. Coelsch kann umso weniger als Kronzeuge für die Beurteilung dieser Frage gelten, als langjährige Führer des Arbeitgeberverbandes im Malergerwerbe auf Grund praktischer Erfahrung zu ganz anderen Urteilen gelangt sind.

Wenn Dr. Coelsch in seinem Vortrage die Bekämpfung der Schmutzkongresse als eine Hauptaufgabe der Arbeitgeberverbände bezeichnet hat, dann darf wohl darauf hingewiesen werden, daß im August 1911 auf dem 6. deutschen Malertage in Hamburg der Gaurisamtende Stolz-München als Referent ausführte:

„Wir haben unsere Reichstaxi abgeschlossen mit 3 zentralen Hilfsorganisationen, und zwar mit dem Verbands der Maler, der sogenannten freien Organisation, mit der christlichen Organisation und der Hirsch-Dunderschen Organisation. Bei jeder Gelegenheit, wo es gilt, den § 10 (Bekämpfung der Schmutzkongresse) zur Durchführung zu bringen, sind die Vertreter der christlichen Malergehilfen-Organisation auf Seiten der Meister, ebenso die Vertreter der Hirsch-Dunderschen Organisation, die verhältnismäßig schwach und deren Unterstützung mehr platonischer Art ist. Etwas anderes ist es bei der „freien“ Organisation. Hier sind die Meinungen der Mitglieder sehr geteilt, auch die Meinungen der Führer dieser Organisation. Man kann hier so recht sagen: „Drei Seelen wohnen ach in einer Brust.“ Das rein gewerkschaftliche Prinzip ist nämlich nach meiner Auffassung bei der freien Hilfsorganisation eben nicht ganz rein gewerkschaftlich, sondern es spielt etwas ins parteipolitische Gebiet hinein, und das parteipolitische Prinzip sagt: „Man dürfe den Meister in seiner Position nicht stärken, sondern man müsse ihn zu schwächen versuchen.“

Wenn wir noch anführen, daß auch der Hauptvorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Kruse-Berlin zugegeben hat, daß der christliche Malerverband stets zu haben war, wenn es sich um die Hebung des gesamten Gewerbes handelte, dann dürften durch diese Tatsachen die anscheinend auf Boreingewonnenheit zurückzuführenden gegenteiligen Ausführungen eines erst kurze Zeit in der Praxis stehenden Herrn zur Genüge widerlegt sein.

Es erübrigt sich wohl noch besonders hervorzuheben, daß die gesamten christlichen Gewerkschaften den größten Wert darauf legen, daß ihre Angehörigen unter allen Umständen die geschlossenen Verträge respektieren. Daß die bezüglichen Bemühungen auch von Erfolg gekrönt sind, bezeugt die schon zitierte süddeutsche Malerzeitung noch in Nr. 14 vom 7. April 1912, als sie im Anschluß an eine lobende Erwähnung der Vertrauenskreise des christlichen Malerverbandes schreibt:

„Diese gewerkschaftliche Gesinnung, befundet von der christlichen Malergewerkschaft, ist ein Axiom der christlichen Gewerkschaften überhaupt.“

Interessanter ist übrigens, daß gelegentlich von sozialistischer Interessentenliste Dr. Coelisch der Rat gegeben wurde, seine mangelhaften Kenntnis der Tarifpraxis zu ergänzen, bevor er seine Ansichten zum Besten gäbe.

Der Verband katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands

Der in den Tagen vom 25. bis 28. August in Schwäbisch-Gmünd seinen alle zwei Jahre stattfindenden Delegiertentag abhält, veröffentlicht im Verbandsorgan „Der Arbeiter“ (München) seinen Jahresbericht, der ein bereicheres Zeugnis von einer intensiven sozialen und kulturellen Arbeit zugunsten des Arbeiterstandes ablegt. Der Verband zählte in 978 Verbandsverbänden 108 250 Mitglieder, darunter 17 000 Ehrenmitglieder. Die Zunahme an Mitgliedern überhaupt beträgt innerhalb Jahresfrist 5893. Auf geistigen Gebiete haben die Vereine im Bunde mit der Zentrale in München und ihren einzelnen Abteilungen mannigfache Leistungen aufzuweisen: naturgemäß legen sie, wie dies ja auf dem Frankfurter Kongreß des Kartellverbandes im besonderen ausgesprochen wurde, erheblichen Nachdruck auf die Pflege des religiösen Lebens. In den Versammlungen, die durchschnittlich vierzehntägig stattfinden, wird durch ausflärende Vorträge viel zur Bindung des Arbeiterstandes beigetragen: 8996 Versammlungen wurden zu diesem Zwecke von 893 Vereinen gehalten, wobei sich die religiösen und staatsbürgerlichen Vorträge ziemlich die Wage hielten, während die sozial-wirtschaftlichen Thematika den Durchschnitt der beiden ersten etwas überwiegen.

Die Vorkarbeiten für das Verständnis der Vorträge und die besondere Schulung befähigter Arbeiter wird in den sozialen Unterrichtskursen geleistet, deren Arbeit im letzten Jahre durch die überaus heftigen Wahlkämpfe in etwa beeinträchtigt wurde. Das Verbandsorgan „Der Arbeiter“ hat um etwa 3500 Abonnenten zugenommen. Ein ausgedehntes Kassenwesen, Krankengeldzuschuß und Sterbefälle, mit zusammen etwa 20 000 Mitgliedern, entbehrt die Mitglieder und ihre Angehörigen der größten Sorge in Tagen der Krankheit und des Todes. Auch das Sparkassenwesen hat sich bedeutsam entwickelt; das Guthaben der Mitglieder beträgt etwa 2 1/2 Millionen Mark.

Einsichtlich Aufklärung der Mitglieder über die Gewerkschaftsbewegung ist manches geleistet worden, vieles ist jedoch noch zu tun; erst etwa 20 Prozent der Gesamtmitgliederzahl sind in den christlichen Gewerkschaften organisiert. Der Genossenschaftsbewegung ist noch viel zu wenig Beachtung geschenkt worden; die genossenschaftliche Betätigung erstreckt sich meistens auf gemeinsamen Einkauf von Brennmaterialien und Viktualien. Kleine Ansätze sind auf dem Wege des Baugenossenschaftswesens zu verzeichnen, die sich indes zu entwickeln versprechen.

Streits und Lohnbewegungen.

Bochum. Nach erfolgter Kündigung haben am Dienstag, den 20. August bei den meisten hiesigen Klemmer- und Installationsfirmen die Gehilfen die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist folgende: Der im Jahre 1910 mit der Zwangsinnung für das Klemmer-, Installateur- und Kupferschmiedehandwerk abgeschlossene Tarifvertrag ist nach erfolgter Kündigung durch die Innung am 1. April dieses Jahres abgelaufen. Die Vertreter unseres christlichen und des deutschen Metallarbeiterverbandes wandten sich nach erfolgter Kündigung sofort an die Innung und als diese nicht antwortete, an den Vorsitzenden der Schlichtungskommission, Herrn Stadtrat Fickmer, mit der Bitte, die Innung zu veranlassen, ihre Änderungsverschlüsse einzureichen. Trotz der dankenswerten Vermittlung des Vorsitzenden erfolgte eine Antwort von Seiten der Innung nicht. Darauf wurden in einer öffentlichen Versammlung der Klemmer- und Installateure Bochums am 10. August die Organisationsvertreter und der Gesellenausschuß nochmals beauftragt, bei der Innung anzufragen, ob sie gewillt sei, über einen neuen Vertrag in Unterhandlung zu treten. An den Vorsitzenden des Gesellenausschusses ging daraufhin die Antwort ein, daß die Innung nicht gewillt sei, augenblicklich in Verhandlungen einzutreten. In einer zweiten Klemmerversammlung am 17. August, wo dieses Schreiben den Gehilfen zur Kenntnis gegeben wurde, kam einstimmig die Entschliesung zum Ausdruck, die Arbeit am Montag abend niederzulegen, da von Seiten der Innung kein Entgegenkommen gezeigt worden, und auch schon in einzelnen Betrieben nach Ablauf des Vertrages Verschlechterungen eingeführt worden seien. Im Laufe des ersten Streiftages haben sich schon einzelne Meister bereit erklärt, den von den Gehilfen ausgearbeiteten Tarif anzuerkennen, weshalb in diesen Werkstätten keine Arbeitsniederlegung erfolgt.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Gebelsberg. Bei der Firma Wih. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

Bedum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugzug von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Eveling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Herdingen-Waldenhausen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Mohr ist die Sperre verhängt. Zugzug von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Hagen-Schwelm. Das hiesige Gebiet ist für Formern und Gießereiarbeiter gesperrt.

W. Gladbach. Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisenleßerei, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

Machen. Bei der Firma Paulus, Bauhilfserei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf. Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Wofste & Co., Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger und Schlosser. Gebr. Jnden, Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschlosser. Stahlwerk Defing: Gießerei, Molekülreinerer und Maschinenabteilung. Bei der Firma Phönix, Abteilung Kölnstraße, stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streik.

Bochum. Die hiesigen Klemmer und Installateure stehen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages im Streik.

Duisburg. Ueber die Maschinenbau-N. V. Tglar in Wellerich ist die Sperre verhängt. Zugzug von Drehern und Schloßern ist fernzuhalten.

Essen-Muhr. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Essen-Muhr. Die Schlosser, Schmiede und Dreher der Firma Hollbeck, Turngerätefabrik, stehen im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

Machen-Kohlscheid. Das hiesige Gebiet ist für Formern und Gießereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Oberbiller Stahlwerk ist die Betriebsperre verhängt.

Zugzug ist fernzuhalten.

Werdohl. Die Bewegung bei der Firma J. W. Dunter ist mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet. Die Sperre ist aufgehoben.

W. Gladbach. Die Differenzen bei der Firma Haubold & Co. in W. Gladbach und Süchteln sind beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben.

Düsseldorf-Grevenbroich. Die Sperre über die Dreherei der Firma Klingelhöfer ist aufgehoben.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. September der sechsunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. September fällig.

Die Ortsgruppe Magdeburg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 15 Pfg. pro Woche; die Ortsverwaltung Weß (Lothringen) die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saarrevier. („Die „Wirtschaftsfriedlichen.“) Die gelben Werkvereine haben sich bekanntlich einen neuen Namen beigelegt, nämlich: „Die Wirtschaftsfriedlichen.“ Dieser Name stammt vom Handelskammerpräsidenten Herrn Dr. Tille in Saarbrücken, der in seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ seit längerer Zeit die Gelben als die „Wirtschaftsfriedlichen“ bezeichnet. Schon der Umstand, daß die Protokollen der Gelben den von ihnen gegründeten Werkvereinen einen Namen beigelegt, den Dr. Tille erfunden hat, zeigt, welche Geistes Kinder die Gelben sind. Sie sind so recht Organisationsmänner nach dem Herzen Dr. Tilles, und deshalb hat er sie auch in sein „Liebesvolk“ Herz eingeschlossen. Wer ist aber Dr. Tille? Dr. Tille ist ein Mann, der auf dem Standpunkte steht, daß der nur das Recht hat, der kapitalbildend tätig und mittels Kapitals in der Lage ist, Waren produzieren zu lassen. Nach Dr. Tilles Ansicht ist jeder Mensch ein Klassenkämpfer, der Arbeitervertragsgesetze, Arbeiterschutzgesetze und korporative Arbeiterverträge verlangt. Durch den § 152 der Reichsgewerbeordnung wird nach Dr. Tille dem Arbeiter gesetzlich erlaubt, dem Arbeitgeber Vorteile abzugeben. Aus diesen Gründen nennt Dr. Tille jeden Sozialpolitiker einen Klassenmoralisten und jeden sozialen Staat einen Klassenstaat. Arbeiter, die vom Koalitionsrecht Gebrauch machen, werden von Dr. Tille Expreßerhande genannt. Selbst katholische und evangelische Arbeitervereine haben die Ehre, nach Dr. Tille dieser Expreßergesellschaft anzugehören.

Natürlich gehören nach der Ansicht Dr. Tilles aber nur jene Menschen zur Expreßerhande, die mittels Organisationen oder durch Sozialpolitik ihre Rechte gegenüber dem Kapital verteidigen. Aber Arbeitgeber, die sich in Kohlenindulgenzen z. zusammenhängen und durch die Preispolitik dieser Organisationen die Kohlenpreise rückwärts, nicht nur für die Reichen, sondern auch für Arme gewaltig erhöhen, gehören nach der Lehre Tilles nicht zur Expreßerhande.

Dr. Tille stellt sogar gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit Dieben und Räubern auf eine Stufe, denn er schreibt betreffs Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Gewerkschaften in seiner „Südwestdeutschen Wirtschafts-korrespondenz“ (Nr. 23/1912) folgendes:

„... Ich behaupte, der Dieb und der Räuber, sie gehen beide auch „auf Verbesserung ihrer Lage“ aus... Wenn die Verbesserung ihrer (der Arbeiter) Lage bei dem verbrecherischen Mittel der Expreßung ein Entschuldigungsgrund sein soll, dann wird sie es auch beim Diebstahl und Raub sein müssen.“

Dieser Herr Dr. Tille ist nun der geistige Nährvater der Gelben Deutschlands. Wir haben bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß die Gelben an der Saar von Dr. Tille regiert werden. Dr. Tille würde aber kein Freund und Förderer der Gelben sein, wenn sie nicht als Organisation auf den letzten Rest von Arbeiterrechten und Arbeiterfreiheit verzichteten. Die Freund- und Gönnerschaft Dr. Tilles beweist, daß es sich bei den „gelben Werkvereinen“ um eine Bewegung handelt, die nur im Interesse der Kapitalisten von Arbeitgebern gegründet wurde und nur Arbeitgeberinteressen zu wahren hat. Somit kann die „gelbe“ Bewegung gar nicht als Arbeiterbewegung betrachtet werden. Denn wenn Arbeitgeber ihre wirtschaftliche Macht benutzen, um ihre Arbeiter in solche Organisationen zu pressen oder zu fördern, dann handelt es sich bei einer solchen Bewegung höchstens um einen Ausfluß kapitalistischer Machtgier, aber nicht um eine Arbeiterbewegung. Wenn trotz diesen Tatsachen politische Tageszeitungen und hier und da auch eine politische „Größe“ die „gelben“ Werkvereine als Arbeiterbewegung preisen, dann tun sie dies nur, weil sie glauben, mit diesen wirtschaftlich entmachteten Arbeitern politische Geschäfte machen zu können.

An der Saar ist noch kein einziger „gelber“ Werkverein auf Drängen der Arbeiter entstanden. Immer wurde die Anregung zur Gründung von der Werksleitung gegeben und Werksbeamte mit der Gründung und Agitation beauftragt. Um „Massen“ zu bekommen, haben die gelben Drahtzieher an der Saar zwei Mittel angewandt: Peitsche und Zuckerbrot. Es können hunderte von Fällen angeführt werden, wo unter Dönningen Mitglieder unseres Verbandes geworben wurden, ihr Mitgliedsbuch abzugeben und den Gelben

beitreten. Aber der fürchtbare Druck tat's noch nicht allein; neben den Vergewaltigungen wurde auch noch Zuckerbrot ausgeteilt. Die Durbacher Hütte mußte in den ersten Jahren 160 000 Mark an die Gelben verteilen, um sie bei der Stange zu halten. Im Laufe der Jahre mußte diese Summe auf 300 000 Mark erhöht werden. Es wären dann noch Freibeier, Schindlerbrüder etc. zu nennen, die an die Gelben verteilt werden. Dann kommen auch leichte und lohnende Arbeitsposten in Betracht, die den Vertrauensleuten des gelben Werkvereins gegeben werden. In Bülkingen kommen zu dem Druck von oben ebenfalls jährlich 25 Mark Almosen. Kehulich steht es auch auf den anderen Hüttenwerken an der Saar.

Also hier handelt es sich um eine unnatürliche Bewegung, die nur künstlich am Leben erhalten werden kann. Leben? Nein, auch das nicht einmal. Von einer besonderen wirtschaftlichen Anschauung und von geistigem Leben ist keine Spur bei den Gelben an der Saar zu finden, und anderswo wird es nicht anders sein. Aus kleinlichen Zweckmäßigkeitsgründen, aus Not und Furcht kehren die Arbeiter an der Saar den Gelben an. Dies haben uns selbst Vorstandsmitglieder „gelber“ Werkvereine an der Saar eingestanden. Wer Gelegenheit hat, mit Gelben zu verkehren, die früher dem christlichen Metallarbeiterverband angehörten, wird gefunden haben, daß diese Leute mit den übrigen Gelben sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Anschauungen angeeignet haben, die weder gelb noch national, sondern rot sind. Somit werden die gelben Werkvereine eine große Gefahr bedeuten für die christlichen Grundkräfte, für unsere Volkswirtschaft und für unser Vaterland.

Wer glaubt, die Gelben an der Saar hätten Leute aus dem Arbeitsverhältnis an der Spitze, der irrt sich ganz gewaltig. Entweder sind es Beamte, die auf die bekannte saar-bische Art und Weise zu ihrem Posten gekommen sind, oder es sind Egoisten, die in den Gewerkschaften nicht auf ihre Kosten kamen. Wir können leider von einer „gelben Gefahr“ im Innern unseres Vaterlandes sprechen; dieselbe zu beseitigen ist Pflicht aller jener Deutschen, denen die Worte national und Vaterland nicht leere Phrasen, sondern eine ernste Herzensache sind.

Hagen-Schwelm. (Zur Arbeitsnachweisbewegung.) Die vor zirka sieben Wochen eingeleitete Bewegung gegen den Zwangsarbeitsnachweis des Arbeitgebervereins nimmt tagtäglich schärfere Formen an. Eine ganz erhebliche Anzahl lediger Formern ist abgewandert und nur mit Mühe können einzelne Werke ihre Betriebe in genügender Umsänge aufrecht erhalten. Die Arbeiterorganisationen haben vor wenigen Tagen ein weiteres Flugblatt verteilt, welches berechtigtes Aufsehen in der gesamten Öffentlichkeit erregt hat. An Hand einer ganzen Reihe von Vorfällen wurde die „einwandfreie“ Arbeitsvermittlung des Arbeitgebervereins nachgewiesen. Wie unecht Herr Arbeitgebersekretär Jakobs damit hätte, als er stolz und lähn behauptete, „stichhaltige“ Beschwerden liegen nicht vor, beweisen u. a. folgende Einzelfälle:

Der Schleifer Karl S. ging zum Nachweis in Hagen und hat um Arbeit. Man bot ihm eine Stelle zu 3,50 M. pro Tag an. S. erklärte, die Stelle kann ich nicht annehmen, von 3,50 M. kann ich keine Familie ernähren. Darauf sagte ihm der Nachweisbeamte: „Wenn Sie frech werden wollen, bekommen Sie überhaupt keine Arbeit.“ Als der Arbeiter nach einigen Tagen nochmals um Arbeit anfragte, wurde ihm erklärt: „Gehen Sie dort hin, wo Sie frech sein können, Sie sind für dauernd gesperrt.“

Bei der Firma Rentrop in Milze bekamen 2 Formern Differenzen wegen eines Akkordlages. Als sie sich mit dem Meister nicht einigen konnten, hörten die beiden Formern im Einverständnis mit dem Meister sofort auf. Bei Stockel u. Edmüy wurden dieselben eingestellt; als sie aber auf dem Nachweis einen Schein für diese Firma holen wollten, wurde ihnen derselbe verweigert und ihnen erklärt, sie seien 14 Tage gesperrt.

Der Arbeiter B. hat zwei Tage bei der Firma Wehn gearbeitet. Er entschloß sich aber, wieder aufzuhören, weil ihm der Lohn nicht genüge. Die Firma Gerdes & Co., Schwelm-Loh, bei der B. vorher gearbeitet hatte, bot ihm 50 Pfg. Lohnerhöhung. Daraufhin wollte B. bei der Firma G. wieder in Arbeit treten. Der Nachweisbeamte verweigerte ihm aber den Schein mit den Worten: „Ich sorge dafür, daß Sie nicht auf dem Lohn anfangen. Da können Sie sich drauf verlassen.“ B. frag nun, ob die Arbeiter und die Firmen denn nichts mehr zu sagen hätten? Darauf erwiderte der Beamte, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug: „Die haben überhaupt nichts zu wollen, Sie fangen da an, wo ich will.“ B. fing aber doch auf dem Lohn an und zwar ohne Schein; jedenfalls ist es die Firma leid, noch länger von der Gnade des Zwangsarbeitsnachweises abzuhängen.

Der Arbeiter N. war 8 Tage auf der Rietenfabrik zu G. welsberg beschäftigt. Als er dann zum Nachweis geschickt wurde, um einen Schein zu holen, wurde ihm dieser verweigert. S. wurde darauf entlassen und war längere Zeit arbeitslos.

Der Kennmacher Robert Schl. wurde am 27. Januar 1912 bei Kottenhoff & Wehdeking angenommen und trat am 12. Februar 1912 in Arbeit, arbeitete bis 4 Uhr, ging dann zum Nachweis, um sich einen Schein zu holen, der ihm aber verweigert wurde. Als Grund gab ihm der Nachweisbeamte an, Kottenhoff & Wehdeking habe keine Arbeiter angemeldet, er solle zu der bestreikten Firma Schmidt (Villa) gehen.

Der Arbeiter Wilhelm Bu. wünschte als Presser bei der Firma Schürhoff in Arbeit zu treten und bekam vom Nachweis einen Schein für die betreffende Firma. Als er aber dort vorsprach, erklärte ihm die Firma, daß sie nur Schleifer benötigte. B. hat dann um Abkempfung des Nachweisscheines. Die Firma verweigerte das. Als er wieder zum Nachweis kam und dies meldete, wurde ihm erklärt, wenn er bei Schürhoff nicht anfangen wolle, bekäme er überhaupt keinen Schein, er solle machen, daß er rauskomme.

Die „Hagener Zeitung“ veröffentlichte zu Anfang August 1912 ein Inserat, laut welchem mehrere Grobshärde gesucht wurden. Meldungen sollten Wehringhauserstraße 117 (bei der Firma Heiden & Käufer) eingereicht werden. Der Schmied F. Sch. wandte sich daraufhin an die betreffende Firma, welche auch die Einstellung zusagte. Sch. erhielt von Heiden & Käufer einen besonderen Schein, mit dem er zum Arbeitsnachweis gehen sollte, um den erforderlichen Nachweisschein zu erhalten. Der Nachweisbeamte erklärte indes: „Sie bekommen keinen Schein, die Firma Heiden & Käufer ist nicht berechtigt, Sie einzustellen.“

Allen Protest des Arbeiters, daß er ja keine Arbeit nachgewiesen, sondern nur einen Schein haben wollte war nutzlos. Es handelte sich in diesem Falle um einen alten ergrauten Arbeiter, dem keinerlei Vergehen zur Last gelegt werden kann.

Die „Westdeutsche Volkszeitung“ schreibt in ihrer Nummer 193 nicht mit Unrecht:

„Angelegentlich der vorerwähnten ist die Forderung der Arbeiter voll und ganz verständlich: gerechte Handhabung des Arbeitsnachweises, keine Beeinträchtigung der Freizügigkeit.“

Was führt nun der Arbeitgeberverein zu seiner Entschuldigung an? Das erste Anschreiben vom 24. April haben wir bereits veröffentlicht. Ein zweites, welches ebenfalls den „Belegstücken“ zur Kenntnisnahme übermittelte wurde, enthält u. a. folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„An die Herren Mitglieder! Das am 5. d. Mts. ausgegebene Flugblatt der vereinigten Arbeiterorganisationen „Zur Wichtigstellung“ enthält die Behauptung, daß das derzeitige Vorgesprechen des Vorstandes des Arbeitgebervereins, bei etwaigen Mifftänden im Arbeitsnachweis eine Nachprüfung der Satzungen vorzunehmen, nicht gehalten worden sei und daß die Handhabung des Arbeitsnachweises in nicht einwandfreier Form erfolge. — Wir sind uns bewußt, in beiden Fällen durchaus korrekt gewesen zu sein, halten es aber für unsere Pflicht, unsere Mitglieder darüber aufzuklären, daß Klagen über den Nachweis an den zuständigen Stellen nur in folgenden Fällen bekannt geworden sind:

1. Fall Eisenbrecher Fring. Durch Urteil des Amtsgerichts Hagen vom 25. 8. 11 und Urteil des Landgerichts Hagen vom 12. 11. 11 als unbegründet abgewiesen.
2. Fall Former Schred. Durch Urteil des Amtsgerichts Hagen vom 8. 11. 11 abgewiesen. Urteil des Landgerichts steht noch aus.
3. Fall Arbeiter Fritz Cramer. Durch Entscheidung des vom Herrn Regierungspräsidenten ernannten unparteiischen Vorsitzenden der Beschwerdebearbeitung unter dem 19. 4. 12 als unbegründet abgewiesen.

Es erhellt daraus, daß bis jetzt bei circa 39 800 Stellenvermittlungen auch keine einzige Klage, die der sachlichen Prüfung standhalten konnte, hat vorgebracht werden können.

Es liegt und lag daher für den Arbeitgeberverein zu einer Nachprüfung der Satzungen des Arbeitsnachweises keine Veranlassung vor. Die dem Vorstande in dem Flugblatt gemachten Beschuldigungen, das gegebene Vorgesprechen nicht gehalten zu haben, sind daher hinfällig und durch vorstehende Tatsachen durchaus widerlegt.

Sachhaltige Beschwerden werden selbstverständlich nach wie vor auf das gewissenhafteste geprüft. — Was die Handhabung des Nachweises durch die Beamten betrifft, so haben diese strengste Weisung, den Arbeitssuchenden sachlich und angemessen gegenüberzutreten. Uebergriffe der Beamten sind trotz der großen Zahl der erfolgten Arbeitsvermittlungen weder gemeldet noch sonst bekannt geworden.

Wenn die Arbeiterorganisationen uns in Ruhe lassen, so kann Wünschen der Stellensuchenden nach aller Möglichkeit Nachsicht getragen werden und das geschieht auch.

Wenn aber eine Firma mutwillig mit Streik überzogen wird, so entsteht für den Arbeitsnachweis die Pflicht, diesem bedrohten Betriebe in erster Linie die verfügbaren Arbeitskräfte zuzuwenden. Es ist dies eine Unterstufung der betroffenen Firma und eine Abwehrmaßregel, die in den derzeitigen Verhandlungen vor dem Regierungspräsidenten selbst von dem Metallarbeiterführer Herrn Spiegel ausdrücklich als durchaus berechtigt und einwandfrei bezeichnet wurde.

Wir geben Ihnen anheim, auch dieses Schreiben Ihrer Belegschaft zur Kenntnis zu bringen, da wir es für überflüssig halten, auf das Flugblatt in der Öffentlichkeit zu antworten.

Wenn also die Arbeiterorganisationen hübsch artig sind, ruhig schweigen, wenn den Arbeitern Unrecht getan wird, „kann“ allen (!) „Wünschen“ Nachsicht getragen werden.

Wenn aber „mutwillig“ gestreikt wird, dann haben diejenigen Arbeiter, welche zum Nachweis kommen, um Beschäftigung nachgefragt zu erhalten, die Pflicht, ihren Arbeitskollegen in den Rücken zu fallen, müssen Streik- oder Scherebrecher werden. Mit brutaler Offenheit wird vorgegangen, was man in der Öffentlichkeit bisher nicht glauben wollte, nämlich, daß der Arbeitsnachweis geschaffen sei, um das berechtigete Streben der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbinden. Andere Streiks als „mutwillige“ gibt es beim Arbeitgeberverein überhaupt nicht. Den besten Beweis hierfür gibt uns der Bericht des Arbeitgebervereins vom vorigen Jahre. Es heißt da u. a.:

„An Arbeiterbewegungen sind für das Berichtsjahr 13 zu verzeichnen. Das ganze Jahr 1911 stand unter dem Zeichen der Reichstagswahlen und zeigten die verschiedenen Arbeiterorganisationen regste Agitation, um für die kommenden Wahlen möglichst große Mitgliederzahlen aufzuweisen. Zu solchen Zwecken greifen die Gewerkschaftsführer stets zu Mitteln der Arbeiterbewegung, um sich Mitglieder zuzuführen.

Bei keiner der stattgehabten Arbeiterbewegungen handelte es sich daher um Besserungen der Arbeitsverhältnisse, sondern lediglich um Nachfragen.“

Mehr Unfirtun läßt sich zweifellos in den wenigen Zeilen nicht verzapfen. Sämt der Arbeitgeberverein wirklich die Arbeiter für so grenzenlos dumm, daß sie, nur um zu streiken, Bewegungen anzetteln? Wie wäre es aber, wenn man den Spieß umdrehte und sagte: in der mutwilligsten Art und Weise haben Mitglieder des Arbeitgebervereins Bewegungen inszeniert, nur zu dem Zwecke, um die Arbeiterkraft zu streiken. Warum schreibt man nicht mal von jenen Firmen, die ihre Hauptaufgabe darin erblicken, quartalsweise eine Rebutierung der Affordpreise vorzunehmen, welche die geringfügigsten Wünsche der Arbeiter ablehnend beantwortet. Wir erinnern nur an den Streik bei Krümer & Freund, wo der Inhaber der Firma selbst öffentlich erklärte: „die eingereichten Forderungen sind minimal, aber ich bewillige sie nun mal nicht.“ Der Streik des Arbeitgebervereins wurde auch dieser Firma zuteil. Im Interesse der gesamten Industrie ist es nur zu bedauern, wenn der Arbeitgeberverein so ungeschicklich die Tätigkeit der Gewerkschaften heinträchtigt.

Das eben erwähnte Flugblatt hat nun doch den Arbeitgeberverein veranlaßt, zum zweitenmal aus seiner „Rejerde“ hervorzutreten, (in einer anderen Erklärung bemerkt er ausdrücklich, daß er sich nicht am „Zeitungsstreik“ beteiligen will) und folgende Erwiderung in der Tagespresse zu publizieren:

Erwiderung.

In einem letzten erschienenen Flugblatt wird seitens der Arbeiterorganisationen eine Reihe von Fällen angeführt, in denen der Arbeitsnachweis nicht einwandfrei gehandelt haben soll.

Wir haben erklärt, daß uns nur drei Beschwerden bekannt geworden sind, die nachweislich nach Untersuchung Unparteiischer zugunsten des Arbeitsnachweises entschieden worden sind.

Es kann nicht gut von uns verlangt werden, daß wir Fälle, die uns nicht bekannt geworden sind, untersuchen sollen. Wir erklären uns aber nach wie vor bereit, in dem Flugblatt angeführten Fälle auch nachträglich noch zu untersuchen, wenn sie uns durch diejenigen Arbeiter, die sich durch den Arbeitsnachweis benachteiligt fühlen unter Nennung der Namen und unter genauer Darlegung der Verhältnisse mitgeteilt werden.

Die Fälle werden vorurteilslos und selbstredend ohne jeden Nachteil der Beschwerdeführer klargestellt. Sollten bei der Handhabung des Arbeitsnachweises Unkorrektheiten unterlaufen sein, wird selbstverständlich für Abhilfe gesorgt werden. Hagen, den 20. August 1912.

Arbeitgeberverein für die Kreise Hagen und Schwelm.

Es ist richtig, daß der Arbeitgeberverein keine Fälle, die ihm nicht bekannt sind, untersuchen kann. Aber haben nicht die Arbeiterorganisationen von Anfang an erklärt, daß sie bereit seien, in Verhandlungen einzutreten, um das vorhandene Material dem Arbeitgeberverein zu unterbreiten? Vielleicht ist der Arbeitgeberverein inzwischen zu einer anderen Meinung gekommen. Denn vorher hieß es doch immer, „es bestehen keine Differenzen“. Vielleicht (eigentlich sollte das dem Arbeitgeberverein einleuchten!), wundern sich der Arbeitgeberverein, daß die Arbeiter nicht persönlich ihre Beschwerden vorbringen. Ist es denn nicht angehts der erwähnten Praktiken voll und ganz verständlich, wenn die Arbeiter auch keine Spur von Vertrauen zu dem Nachweis besitzen. Gebe man den Arbeiterorganisationen nur Gelegenheit, das reichlich vorhandene Material vorzutragen, sicherlich wird Herr Jakob dann einsehen, daß dieses „sachhaltig“ ist und daß es nicht „Mutwillig“ war, der zur Einleitung der Bewegung veranlaßt, sondern die Pflicht, einzutreten für die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiter. Die Arbeiterschaft des Hagen-Schwelmer Bezirks erwartet, daß man ihren Wünschen nachkommt. Wenn nicht, so muß der Arbeitgeberverein einzig und allein die Verantwortung für alle Folgen des Kampfes übernehmen.

Unsere Kollegen ersuchen wir nach wie vor, für die getroffenen Maßnahmen einzutreten. Nicht unterlassen werden darf aber auch, die noch gleichgültig zur Seite stehenden Arbeitermassen aufzurütteln und sie dem christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen.

Schwelm. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der hiesigen Zählstellen des christlichen Metallarbeiterverbandes und des christlichen Holzarbeiterverbandes findet am Sonntag, den 8. September, nachmittags 3 Uhr, auf der „Wilhelmshöhe“ eine öffentliche Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Kreises Schwelm statt. An unsere Verbandskollegen, sowie an die Mitglieder der konfessionellen Vereine und der christlichen Gewerkschaften in Schwelm und Umgegend ergeht die Bitte, bis zum letzten Mann sich an dieser Kundgebung zu beteiligen und dadurch zu zeigen, daß im hiesigen Kreise noch eine starke christlich-nationale Arbeiterschaft vorhanden ist, die den ersten Willen hat, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Ideale unserer christlich-nationalen Gesamtbewegung. Die Aufstellung zum Festzug erfolgt nachmittags 3 Uhr in der Bahnhofstraße (Lokal Wiese). Als Festredner sind vorgesehen, die Kollegen Reichstagsabgeordneter Behrens und Verbandsvorsitzende Wieber-Duisburg und Kurtzschoid-Röln.

Saulgau. Auch im württembergischen Oberland bricht sich der Organisationsgedanke immer mehr Bahn. In einer am 15. August in der „Rinde“ abgehaltenen Metallarbeiterversammlung, zu der eine stattliche Anzahl Kollegen erschienen, war es möglich, für den christlichen Metallarbeiterverband festen Fuß zu fassen, durch Gründung einer Sektion. Kollege Höpfersteiger aus Ulm referierte über das Thema: „Welche Mittel ergreifen wir, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern?“ Redner schilderte den gewaltigen Aufschwung, den die deutsche Industrie in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte. Sundertausende von Arbeitern, die früher in der Landwirtschaft tätig waren, suchen heute in der Industrie ihr Brod zu verdienen. Das kapitalträchtige Unternehmertum und vor allem unsere Schachtmacher verstehen es in ihrem Eigennutz die Arbeitskräfte maßlos auszunutzen. Das Los des einzelstehenden Arbeiters, besonders in der Schwerindustrie, ist darum heute kein beneidenswertes. Um die Arbeiter zu freibeln und sie in ihrem Streben nach Zusammenschluß zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuhalten, vermag man, „gelbe Werkvereine“ zu gründen. Derartige Organisationsgebilde sind nichts anderes als „Schutztruppen des Unternehmertums“ und können deshalb auch als Vertreter von Arbeiterinteressen nicht in Frage kommen.

Eine wirksame und energiegelbe Vertretung ihrer Interessen finden die Kollegen im christlichen Metallarbeiterverband. Tausende von Metallarbeitern haben sich heute in demselben einen starken Rückhalt geschaffen. Die Erfolge der letzten Jahre liefern den Beweis praktischer Gewerkschaftsarbeit; 2 200 000 Mark Mehrlohn, 1 190 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung nebst anderen Verbesserungen wurden erreicht. Die unorganisierten Metallarbeiter mögen daraus ersehen, was eine einige, im christlichen Metallarbeiterverband organisierte Arbeiterschaft zu leisten vermag. Selbstverständlich dürfen die Kollegen in der Opferwilligkeit nicht erlahmen. Eine feste Verbandskaffe ist das unentbehrlichste und notwendigste Werkzeug, um unsere Aufgaben und Forderungen mit Nachdruck zu vertreten und den arbeitgeberabhängigen Maßnahmen der Unternehmer jederzeit entgegenzutreten zu können. Auch auf finanziellem Gebiet ist der christliche Metallarbeiterverband von allen Metallarbeiterorganisationen die bestzubereitete. Fünftierel Millionen Mark bilden heute sein Vermögen. Dadurch ist es möglich, in den Notfällen des Lebens den Kollegen helfend unter die Arme zu greifen. Für Unterstützungszwecke wurden bisher über zwei Millionen Mark ausgezahlt, darunter für Lohnbewegungen und Streiks allein über eine Million. Daraus mag jeder Metallarbeiter die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes ersehen und keinen Eintritt in denselben vollziehen.

Haben es unsere Arbeitgeber, sowie die bessergestellten Kreise verstanden, sich mächtige und kapitalträchtige Organisationen zu schaffen, dann hat der Arbeiterstand als der wirtschaftlich schwächere, den Zusammenschluß in der Organisation um so notwendiger, wenn er keinen Platz an der Sonne erobern und behaupten will. Weiterer Ausbau und Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes, das muß deshalb unsere Parole sein.

Kollegen von Saulgau! Hinweg mit der verderblichen Gleichgültigkeit! Wacht euch auf zu energischer Standesarbeit!

Beweist, daß auch ihr vorankommen und eure Lage verbessern wollt! Darum Kollegen: „Hand ans Werk!“ Bereiter Kräfte bringt, was einer nicht zustande bringt!

Düsseldorf. (Schuß vor Arbeitswilligen!) Auf der Elstraße hier selbst wurden zwei bei der Firma Gebr. F. n. d. beschäftigte Streikbrecher verhaftet. Die Polizei entlarvte die beiden „nächtlichen Elemente“ als entsprungene „Straflinge“. Das Fabrikator der Firma wird von der Polizei auch weiterhin ständig überwacht, weil, wie gerüchelt wird, sie unter den Streikbrechern noch mancher „Schweizer Junge“ befinden soll.

Briefkasten.

Kollege B., Sattingen. Die Notiz für den Verammlungskalender kam zu spät. Die Sterbetafel wurde für die nächste Nummer zurückgestellt.

Konferenz für den Niederrhein.

Am Sonntag, den 8. September, nachmittags 1.30 Uhr beghnen wir in Goch im Saale des Herrn Op. gen. Drth (Goch-Bahnhof) eine Delegierten-Konferenz für die Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften, der konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jünglingsvereine abgehalten. Für die Durchführung der Konferenz kommt in Betracht das Gebiet von Herbedingen, Herbedingen, Herbedingen, Herbedingen und Herbedingen der Kreis Herbedingen. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über den Stand der Bewegung und ein Vortrag des Kollegen J. o. s., Redakteur der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, über ein die konfessionellen Vereine und christlichen Gewerkschaften betreffendes, für die gegenwärtige Zeit besonders wichtiges Thema. Zweck Erlangung von Legitimationskarten mögen sich die Ortsgruppen an ihre zuständigen Bezirksleiter wenden. Um recht zahlreiche Besichtigung wird gebeten. Die vorbereitende Kommission. J. A.: G. e. h. C. a. m. m. a. n. n., Düsseldorf 60.

Verammlungskalender.

- Samstag, den 31. August.**
- Dortmund 1. Abends 8 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westdeutschestraße 61.
 - Dortmund-Dorffeld. Abends 8 Uhr bei Sturm.
 - Düsseldorf-Altstadt. Abends 9 Uhr bei Stier, Sanderstraße.
 - Hagen-Altenhagen. Abends punkt 8.30 Uhr wichtige Verammlung bei Stelmhaus.
 - Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmingarten, Herrenstraße 34.
 - Röln-Kalk. Abends 9 Uhr bei Sönigesberg, Breuerstraße 14.
 - Röln-Chrenfeld. Abends 9 Uhr bei Ruther, Reulerstraße.
 - Stuttgart-Endwagburg. Abends 6 Uhr bei Weimann.
- Sonntag, den 1. September.**
- Berlin. Vorm. 11 Uhr bei E. B. Schulle, am Markt.
 - Berlin. Verammlung im „Kreuz“.
 - Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Gärtnerheim“, Stralauerstraße 53.
 - Bonn. Vorm. 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße. Wichtige Tagesordnung.
 - Brühl. Vorm. 10.30 Uhr bei Witz, Giesberg, Uhlstraße 8.
 - Danzig. Nachm. 2 Uhr im St. Josefshaus.
 - Dortmund-Lünen (Former und Glaserarbeiter). Vorm. 11 Uhr bei Wöllmann.
 - Dortmund-Schüren. Vorm. 11 Uhr bei Meinhöbel.
 - Dortm. Vorm. 11 Uhr bei Stier.
 - Duisburg-Laar. Vorm. 11 Uhr bei Jansen, Kaiserstraße.
 - Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr im Paulushaus, Lützenstraße, Verammlung für die gesamte Verammlungsstelle.
 - Düsseldorf-Jugendliche. Vorm. 11 Uhr im Paulushaus.
 - Essen-Altstadt-Nordost-Quittrop. Vorm. 11 Uhr bei Spahn, Steelerstraße 24.
 - Essen-Solferbach. Vorm. 11 Uhr bei Buchner, Göttestr.
 - Essen-Solferbach-Schönebeck. Vorm. 11 Uhr bei Wöllhoff.
 - Essen-Fettwig. Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.
 - Essen-Carnap-Sort. Nachm. 4.30 Uhr in Sort-Entsche bei Th. Hollmann.
 - Essen-Rottrop. Nachm. 3.30 Uhr bei Frogemann.
 - Gelsenkirchen-Ortsverwaltung. Nachm. 5 Uhr Mittalbederverammlung mit Frauen bei Drees. Nachher gemütliche Unterhaltung.
 - Hamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlieb, am Neumarkt.
 - Köln-Dingst. Vorm. 11 Uhr bei Geir, Dür, Döhlmerstraße.
 - Köln-Voll. Vorm. 11 Uhr bei Georg Jahnender, Hauptstr. 28.
 - Kreuzfeld. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Drei Schmelzer“.
 - Madebromwald. Abends 5.30 Uhr gemeinschaftliche Verammlung. Anwärterreferent.
 - Stromberg-Rauort-Kaan. Nachm. 4 Uhr bei Schmitz in Stromberg. Referent: Bezirksleiter Schmitz-Röln.
 - Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße.
 - Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Weerlagstraße.
- Montag, den 2. September.**
- Dortmund (Kleingewerbe). Abends 9 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 5. September.**
- Danzig-Langfuhr. Abends 8 Uhr in der Flora.
 - Dortmund 2. Abends 7.30 Uhr bei Kleinberg, Desterstraße 1.
- Freitag, den 6. September.**
- Galtorn. Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.
- Sonntag, den 7. September.**
- Berlin-Moabit. Bei Waberschl, Gokfomskistraße 36.
 - Bole-Kabel. Abends punkt 8.30 Uhr wichtige Verammlung bei J. Schürmann.
 - Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düsterstr. 1.
 - Duisburg-Neingewerbe. Abends 8.30 Uhr bei Hasenkamp, Ecke Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.
 - Durlach. Abends 8.30 Uhr im „Bahnhof“.
 - Eisenach. Abends 8.30 Uhr im „Weinmarischen Hof“.
 - Gierfeld. Abends 8.30 Uhr bei Seidenrath, Klotzstraße.
 - Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gantzerbräu, Schiffstr. 7.
 - Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Taktstr. 97.
 - Lüdenscheid. Abends punkt 8.30 Uhr wichtige Verammlung bei E. Diemer.
 - Nürnberg. Abends 8 Uhr im Geselehenhofplz.
 - Radolfzell. Ver. mit Vortrag.
 - Stettin. Abends 9 Uhr außerordentliche, sehr wichtige Verammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
 - Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im „römischen König“.
 - Weiterbarn. Abends punkt 8.30 Uhr bei Müllersborn. Wichtige Tagesordnung.
- Sonntag, den 8. September.**
- Karlruhe. Vorm. 10 Uhr Vorstandss. n. Brinn-Sitzung im Palmgarten.
 - Karlruhe-Darlanden. Nachm. 3.30 Uhr im Gasthaus z. Ströhen.
 - Ober-Barmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wäldergasse.
 - Oberhausen (Rhd.). Vorm. 11 Uhr Verammlung.
 - Sontheim. Nachm. 2.30 Uhr Monatsverammlung.
 - Strasbourg. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
 - Unterloden. Nachm. 3 Uhr im Lokale „Stich“.
 - Wetter. Vorm. 11 Uhr im evangel. Vereinshaus. Wichtige Tagesordnung.
- Adressen:**
- Regensburg. Unterstützungen werden ausgezahlt durch den Ortsfasserer Kollegen G. e. h. n., Altdorferstr. 9a, p.
- Tüchtige Former werden nach Erfurt gesucht.**
- Näheres durch den Kollegen A. Kühn, Erfurt N., Telchstr. 79 1.
- Ein tüchtiger Zeilenhauer auf Schlichteisen und Naspeln, selbständiger Zeilenhauer für dauernd gesucht. Näheres durch den Kollegen W. Wagner, München, Bagerstraße 25, Hgb.
- 3-4 tüchtige Handformer** für Grauguss sofort gesucht. Näheres durch den Verbandsbüro Bremen, Schönebeckstraße 103.